

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 44

Herausgegeben von Dieter Dowe und Michael Schneider

Die Drucklegung dieser Studie wurde von der
Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung
gefördert.

Andreas Vogtmeier

Egon Bahr und die deutsche Frage

Zur Entwicklung
der sozialdemokratischen
Ost- und Deutschlandpolitik
vom Kriegsende
bis zur Vereinigung



A 00 - 02524

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger

Der Autor

Andreas Vogtmeier, geboren 1965, Dr. phil., hat Politische Wissenschaft, Geschichte und Publizistik an der Freien Universität Berlin studiert. Journalistische Tätigkeit für verschiedene Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen. 1991–1992 als Mitarbeiter im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung betraut mit der wissenschaftlichen Einrichtung des Depositums Egon Bahr.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Vogtmeier, Andreas:

Egon Bahr und die deutsche Frage : zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung / Andreas Vogtmeier.
[Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung]. – Bonn :

Dietz, 1996

(Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte ; Bd. 44)

ISBN 3-8012-4070-3

NE: GT

Copyright © 1996 by Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH

In der Raste 2, D-53129 Bonn

Umschlaggestaltung: Manfred Waller, Reinbek

Titelabbildung: Sabine Rübensaat

Satz: Fotosatz Günther, Königswinter

Druck und Verarbeitung: Saarbrücker Druckerei und Verlag

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1996

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	9
1.1	Gegenwartsinteresse, Gegenstand und Problemstellung	9
1.2	Forschungsstand und Methode der Arbeit	12
1.3	Quellenbasis und Quellenqualifikation	18
2	Jugend im Zwiespalt – Biographische Skizze bis 1945	20
3	Egon Bahr – Ein Kalter Krieger?	
	Die Jahre vom Kriegsende bis zum Mauerbau	25
3.1	Die Nachkriegszeit – Bahrs „Stunde Null“?	25
3.2	Jakob Kaiser und Kurt Schumacher - Vorbildliche Patrioten, patriotische Vorbilder?	28
3.3	Die Stalin-Note 1952 – Eine vertane Chance?	35
3.4	Der 17. Juni 1953 – Aufstand für die Einheit?	38
3.5	Eintritt in die SPD – „Sieg der Vernunft“?.....	44
4	Die Bedeutung des Mauerbaus für die ost- und deutschlandpolitische Konzeption Egon Bahrs	51
5	„Wandel durch Annäherung“	59
5.1	Die Tutzingener Rede 1963	59
5.2	Die operative Umsetzung der ostpolitischen Neuorientierung	66
5.3	Entspannung und Wiedervereinigung	73
6	Das unveröffentlichte Buchmanuskript 1965/66	80
6.1	Deutschland, was nun? – Grundannahmen einer Konzeption.....	80
6.2	Ein Stufenmodell für die Einheit	86
6.3	Zur Kritik an Bahrs Manuskript	90
7	Große Koalition	96
7.1	Egon Bahr im Planungsstab.....	98
7.2	Planungsstudien	102
7.2.1	Europäische Sicherheit	104
7.2.2	Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung	108
7.2.3	Rahmenvertrag mit der DDR	113
8	Die Ostvertragspolitik.....	118
8.1	Die sozialliberale Koalition – Ein Bündnis für die Ostpolitik?	118
8.2	Der Moskauer Vertrag	121
8.2.1	Der Unterhändler Egon Bahr – „Der Theoretiker geht an die diplomatische Front“	123
8.2.2	Verhandlungen in Moskau – Inhalte, Ziele, Strategie	128
8.2.3	Der Brief zur deutschen Einheit – Die „deutsche Frage“ als Thema der Moskauer Verhandlungen	133
8.3	Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin.....	140
8.3.1	Die Bedeutung Berlins innerhalb der Bahrschen Konzeption	141
8.3.2	Das Vier-Mächte-Abkommen – Schnittpunkt der Entspannungskonzeptionen?.....	145

8.4	Der Grundlagenvertrag	152
8.4.1	Der Grundlagenvertrag – Eine abnorme Normalisierung?	154
8.4.2	Die deutsche Einheit als Thema der deutsch-deutschen Verhandlungen	159
9	Ostpolitik in der Krise?	169
9.1	Sicherheitspolitik zwischen Euphorie und Ernüchterung – Die Frage der Truppenreduktion.....	169
9.2	Ostpolitik auf dem Prüfstand – Das Ende der Flitterwochen?	180
9.3	Über Moskau ans Ziel – Eine entspannungspolitische Sackgasse?	191
9.4	Schmidts „realistische Entspannungspolitik“ – Ein Abschied von der Bahrschen Konzeption?	202
10	Exkurs: Entwicklungspolitik mit entspannungspolitischem Instrumentarium?	212
11	Exkurs: Bundesgeschäftsführer Bahr – Eine intelligente Fehlentscheidung?	218
12	Gemeinsame Sicherheit – Kontroversen und Konzepte	222
12.1	Neutronenbombe – Perversion des Denkens?	222
12.2	NATO-Doppelbeschluß – Zwischen Loyalität und Überzeugung	229
12.3	„Gemeinsame Sicherheit“ – Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Gebiet.....	241
12.4	Die „Europäisierung Europas“ – Ist Entspannung teilbar?	252
13	Die Chancen in der Teilung suchen	265
13.1	Die „zweite Ostpolitik“ – Sozialdemokratische „Nebenaußenpolitik“?	265
13.2	Der SPD/SED-Dialog – Suche nach Gemeinsamkeit	275
13.3	„Lebenslüge Wiedervereinigung“?	287
14	Zwei Friedensverträge – Resignation oder Hoffnung?	293
14.1	Bahrs Antwort auf Gorbatschow	293
14.2	Nachdenken über Deutschland	302
15	Die Einheit – Ein Traum wird Wirklichkeit?	311
15.1	Das Jahr 1989 – „Wandel durch Nähe“?	311
15.2	Der Weg zur Einheit – Von der Utopie zum Problem	322
16	Zusammenfassung der zentralen Aspekte der Bahrschen Deutschlandkonzeption	333
16.1	Egon Bahr und die Nation	333
16.2	Egon Bahr und Europa	342
16.3	Egon Bahr und Sicherheit	350
17	Egon Bahrs „inneres Geländer“	358
18	Schlußbetrachtung	374
19	Abkürzungsverzeichnis	379
20	Quellen- und Literaturverzeichnis	381
	Nachbemerkung	400

4 Die Bedeutung des Mauerbaus für die ost- und deutschlandpolitische Konzeption Egon Bahrs

In der deutschen Nachkriegsgeschichte stellt der Bau der Berliner Mauer 1961 ohne Zweifel eine tiefe Zäsur dar. Im Folgenden soll untersucht werden, was der 13. August 1961 für die ost- und deutschlandpolitische Konzeption Egon Bahrs bedeutete.

Willy Brandt sah rückblickend im Mauerbau durchaus so etwas wie einen Wendepunkt seines politischen Denkens und Handelns, wenn er betonte: „Der 13. August wurde ein Tag des Entsetzens, der Angst und Verwirrung. Mich zwang dieser Einschnitt, die äußeren Faktoren zu überdenken, von denen die deutsche und europäische Politik in den nächsten Jahren abhängig sein würde.“¹

Egon Bahr meinte zu dem Einschnitt, den der Mauerbau bedeutete: „Nicht nur die Politik der Stärke war 1961 zusammengebrochen, es schmolzen auch, zunächst noch unbemerkt, innenpolitische Illusionen. Die größte enttäuschte Hoffnung der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde offenbar: die von der SPD zwar nicht geteilte, aber mögliche Hoffnung der Unionsparteien, daß West-Integration und Wiederbewaffnung zwangsläufig zur Wiedervereinigung führen würden.“ Für Bahr „ergab sich aus dieser Situation der Zwang zum Nachdenken darüber, wie es eigentlich in Deutschland und mit Deutschland weitergehen sollte“².

Der Mauerbau war jedoch 1961 kein politisches Einzelereignis, sondern trauriger Höhepunkt jener Berlin-Krise, die seit 1958 bestand und ihren Ausgang vom sogenannten Berlin-Ultimatum des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow nahm. Dieser hatte die Deutschlandfrage und die Situation Berlins durch eine Rede am 10. November 1958 erneut in den Vordergrund der Weltpolitik gerückt.³ In dieser Rede bestritt er den westlichen Alliierten das Recht, länger in Berlin bleiben zu können. Am 27. November überreichte er sein Ultimatum an die drei Westmächte und forderte die Umwandlung Berlins in eine »selbständige politische Einheit« mit dem Status einer „entmilitarisierten Freien Stadt“.⁴ Innerhalb eines halben Jahres müßten die Verhandlungen über Berlin zu dieser Lösung führen, andernfalls werde die Sowjetunion mit der Regierung der DDR eine Vereinbarung treffen, daß diese die ihr zustehenden Hoheitsrechte auszuüben habe. Dieses Ultimatum verschärfte die UdSSR am 10.1. 1959 durch den Entwurf eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten⁵ und am 17.2. 1959 durch die Drohung, bei Nichteinigung einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen.⁶

1 Brandt, Willy: Begegnungen und Einsichten, Hamburg 1976, S. 9.

2 Bahr: Was wird aus den Deutschen?, S. 218.

3 Vgl. die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten, N.S. Chruschtschow, am 10.11.58 in Moskau. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 1, S. 3–24.

4 Vgl. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 27.11.58. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 1, S. 151–177.

5 Vgl. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten und Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland vom 10.1.59. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 1, S. 537–566.

6 Vgl. die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten, N.S. Chruschtschow, am 17.2.59 in Tula. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 1, S. 890–893.

Die Idee eines separaten Friedensvertrages wurde von Willy Brandt und seinem Berliner Beraterkreis entschieden abgelehnt. In dem Entwurf einer Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters für den 12.5.1960 hieß es dazu: „Ein separater sogenannter Friedensvertrag mit Pankow würde eine Herausforderung des gesamten deutschen Volkes sein. Er würde sich darüber hinaus gegen alle diejenigen richten, denen die Grundsätze des Völkerrechts nicht nur leere Deklamationen sind. Das Zonenregime ist zum Abschluß eines Friedensvertrages, auch eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion, nicht legitimiert. Seine Legitimation beruht einzig und allein auf den Bajonetten einer ausländischen Macht. Ein Friedensvertrag zwischen diesen Partnern wäre ein Scheinvertrag, der nichts anderes darstellen würde als ein Vertrag, den die Sowjetunion mit sich selbst abschließt. Es gibt kaum einen überzeugenderen Beweis für die mangelnde Legitimität des Ost-Berliner Regimes als den täglichen Strom von Flüchtlingen. Wir werden nicht zulassen, daß diese Schande in Vergessenheit gerät. Dieses Regime will Staat spielen, buhlt um Anerkennung und zwingt Tausende von Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Wir werden und wollen nicht aufhören, Anklage zu erheben gegen dieses System des organisierten Unrechts.“⁷

Egon Bahr entwarf für eine Rede Willy Brandts zum 17. Juni 1961 folgende Passage: »Von uns die Zustimmung zur deutschen Teilung zu verlangen ist die Erwartung, daß wir uns selbst ehrlos machen. Wer dazu seine Hand reicht, gehört nicht zu uns, sondern in das Lager der Knechte im Dienste der Sowjetunion. Wir haben den Zustand der Teilung hinnehmen müssen, wir müssen ihn auch weiter tragen; aber die Unterschrift unter zwei Friedensverträge wäre das deutsche Bekenntnis zur Teilung Deutschlands, es wäre die Aufgabe unserer Forderung auf das Selbstbestimmungsrecht. Selbstbestimmungsrecht und Teilungsverträge schließen einander aus.“⁸

Im Schöneberger Rathaus war man während der gesamten „zweiten Berlin-Krise“ darum bemüht, die Westmächte zur Ablehnung der diversen Ultimaten und zur stetigen Erneuerung der Garantie für Berlin zu bringen.

Dies geht auch deutlich aus dem Entwurf eines Briefes an den New Yorker Bürgermeister Robert Wagner hervor, den Egon Bahr für seinen Chef Willy Brandt verfaßt hatte. Bahr formulierte, daß die Ablehnung des Chruschtschow-Ultimatums, das dieser in einem Memorandum an die Bundesregierung vom 17.2.1961 erneuert hatte, auch im Interesse des Westens liege: „Es geht nicht nur um eine Herausforderung des ganzen deutschen Volkes, dem die Sowjetunion zumutet, einem separaten Friedensvertrag zuzustimmen. Ein derartiger Vertrag wäre ein Teilungsdiktat, dem wir nicht zustimmen können. Es geht aber vor allem um den Versuch der Sowjetunion, der westlichen Welt eine entscheidende Niederlage beizubringen, das Vertrauen in das Wort der Vereinigten Staaten und die gegebenen Garantien zu erschüttern. Es geht auch darum, den Westen zum Verrat an seinen Idealen und zur Aufgabe seiner Forderung des Selbstbestimmungsrechts zu bewegen.“⁹

⁷ Entwurf einer Regierungserklärung des RBm Willy Brandt für den 12.5.60. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 48 B.

⁸ Entwurf Bahrs für die Rede des RBm Willy Brandt am 17.Juni 1960; 15.6.60. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 47 A.

⁹ Entwurf Bahrs für einen Brief von Willy Brandt an den New Yorker Bürgermeister Robert Wagner; 30.6.61. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 47 A.

Aus der Reaktion Egon Bahrs auf den Vorschlag eines separaten Friedensvertrages wird deutlich, daß er in der Zeit vor dem Mauerbau durchaus noch an die Möglichkeit einer historischen Konferenz glaubte, die über die Einheit Deutschlands beraten und beschließen könnte. Dies zeigt ein Brief, den er am 19.7.1961, knapp einen Monat vor der Sperrung der Sektorengrenze, an Peter Pechel schrieb: „Wer einen solchen Separatfrieden anerkennen würde, würde die Teilung Deutschlands anerkennen. [...] Wer einen separaten Friedensvertrag akzeptiert oder anerkennen würde, würde auf die Dauer die Grundlagen der deutschen Bündnisverpflichtung erschüttern. Das Schicksal der Demokratie in Deutschland hängt davon ab, daß die Demokraten keine Wegbereiter eines neuen Führers werden. Was der Fall wäre, wenn man einen separaten Vertrag hinnehmen und sich mit ihm ‚arrangieren‘ würde. Die einzige Möglichkeit, aus dieser Zwickmühle herauszukommen, ist eine große Friedenskonferenz, die einen Friedensvertrag für ganz Deutschland auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts zu behandeln hätte. Der Westen muß endlich dahin kommen, das Gesetz des Handelns wiederzugewinnen, und den Sowjets in aller Brutalität klarmachen, daß es keine Möglichkeit des Arrangements auf der Basis eines Separatvertrages geben kann. Wenn man sich in Deutschland damit abfinden würde, würde man uns moralisch als Volk das Kreuz brechen. Wir können keine Grenze akzeptieren, die unser Einverständnis bedeutet, 16 Millionen Menschen abzuschreiben. Das wäre im wirklichen Sinne des Wortes Verrat, Verrat auch an den Prinzipien von Moral und Recht, ohne die wir auf die Dauer nicht bestehen können.“¹⁰

Zu dieser Zeit hatte sich die Situation in Berlin allerdings schon dramatisch zugespitzt. Seit 1960 war es aufgrund des härteren politischen Kurses der SED und der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft zu einem stetigen Anstieg der Flüchtlingszahlen nach West-Berlin und ins Bundesgebiet gekommen. Im Sommer 1961 begann der Flüchtlingsstrom „lawinenartig anzuschwellen“¹¹. Eine „Denkschrift über Vorgeschichte und Auswirkungen des 13. August 1961“, die Willy Brandt im März 1962 den Mitgliedern des SPD-Vorstandes vorlegte, sprach für Juni 1961 von 20.000, für Juli von 30.000 Flüchtlingen. Am Vorabend des Mauerbaus erklärte Willy Brandt auf einer Rede in Nürnberg anlässlich des Deutschland-Treffens der SPD, in welcher dramatischer Situation Berlin sich befinde: „Heute abend, am 12. August, wird der 17.000ste Flüchtling dieses Monats in Berlin ankommen. Zum erstenmal werden wir 2500 Flüchtlinge im Laufe von 24 Stunden aufzunehmen haben. Warum kommen diese Menschen? Welche Angst hat diesen Strom ansteigen lassen? Die Antwort auf diese Frage heißt: Weil die Sowjetunion einen Anschlag gegen unser Volk vorbereitet, über dessen Ernst sich die wenigsten klar sind. Weil die Menschen in der Zone Angst haben, daß die Maschen des Eisernen Vorhangs zementiert werden. Weil sie fürchten, in einem gigantischen Gefängnis eingeschlossen zu werden. Weil sie die brennende Sorge haben, sie könnten vergessen werden, abgeschrieben, geopfert werden auf dem Altar der Gleichgültigkeit und verpaßter Chancen.“¹²

¹⁰ Brief Bahrs an Dr. Peter Pechel; 19.7.61. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 47 A.

¹¹ So heißt es in einer „Denkschrift über Vorgeschichte und Auswirkungen des 13. August 1961“, die Willy Brandt im März 1962 den Mitgliedern des SPD-Vorstandes vorlegte, in: Dep. E.B., AdsD, Ord. 124.

¹² Ebd.

Wenige Stunden später war es soweit: Im Morgengrauen des 13. August riegelte die Volkspolizei die Sektorengrenze ab. Der tatsächliche Mauerbau rund um West-Berlin folgte einige Tage später.

Diese Zementierung hatte für die politischen Akteure in Berlin, die später zu den Protagonisten der sogenannten „Neuen Ostpolitik“ werden sollten – für Brandt und Bahr – in zweifacher Hinsicht große Bedeutung. Zum einen verdeutlichte der Mauerbau – wie Helga Haftendorn es ausdrückt –, daß „die Politik des ‚offenen Status quo‘ grundsätzlich infrage“ gestellt war. „Für die Bundesrepublik bedeutete der Bau der Mauer das Scheitern einer langfristigen Wiedervereinigungskonzeption, die sich auf die Erhaltung des ‚offenen Status quo‘ gestützt hatte.“¹³ Die Sowjetunion hatte abermals deutlich gemacht, daß sie nicht gewillt war, Teile ihres Einflußbereiches aufzugeben. Nachdem es drei Jahre lang den Anschein gehabt hatte, daß Chruschtschow mit seinen Berlin-Ultimeaten an eine Ausdehnung seines Machtbereiches gedacht hatte, war der Mauerbau zugleich jedoch auch ein Scheitern dieser Politik und eine Rückkehr zur Politik des Status quo. Diese Politik hatte der sowjetische Ministerpräsident bereits am 17.2. 1959 bei seiner Rede in Tula bekräftigt. In Richtung Westen führte er aus: „[...] begreifen Sie unseren Standpunkt. Wir wollen keine Erwerbungen politischer noch materieller Art. Laßt uns fixieren, was im Ergebnis des zweiten Weltkriegs geschehen ist und was von der ganzen Welt anerkannt wird.“¹⁴ Diese nun mit Gewalt erzwungene Fixierung bzw. Zementierung des Status quo bedeutete für die bundesdeutsche Politik, daß sie in den nächsten Jahren von den Realitäten dieser erzwungenen Teilung auszugehen hatte. Diese Erkenntnis war es, die Egon Bahr zwei Jahre später zu seinem Ansatz „Wandel durch Annäherung“ bringen sollte: „Als am 13. August 1961 in Berlin der Ost-Sektor abgesperrt und drei Tage später die Mauer begonnen wurde, [...] mußten wir im Schöneberger Rathaus lernen, was Realitäten waren.“¹⁵ „Was sich daraus entwickelte, war der Ansatz ‚Wandel durch Annäherung‘, der davon ausging: Ich kann die Mauer nicht beseitigen, und ich kann sie nicht durchlässig machen, wenn ich nicht mit denen rede, die sie gebaut hatten. Gewalt schied aus.“¹⁶

Eine zweite Erfahrung, neben der Erkenntnis, daß man nun von der Realität eines zementierten Status quo auszugehen habe, war die Enttäuschung hinsichtlich der fehlenden, entschiedenen Reaktion der Westmächte auf den Mauerbau. Brandt und Bahr waren enttäuscht, ja sogar entsetzt, über die Haltung der westlichen Alliierten, die Tage benötigten, um überhaupt auf den Mauerbau zu antworten. Bahr beschrieb dies 1986 so: „Wir waren sauer, daß wir wirklich Mühe brauchten, um die Alliierten auch nur zu bewegen, ein paar Patrouillen, ein paar Jeeps an die Sektorengrenze zu schicken, damit die Bevölkerung sieht, sie steht nicht allein. Übrigens, die Westmächte sind auch noch da. [...] Aber die Realität war ja eben, daß wir zwei Tage gebraucht haben, um zu erreichen, daß die einen müden Protest auf der Kommandantenebene schickten. Und es hat 72 Stunden gedauert, ehe die Hauptstädte in Moskau protestiert

13 Vgl. Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 135, 141.

14 Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten, N.S. Chruschtschow, am 17.2.59 in Tula. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 1, S. 893.

15 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München/Wien 1991, S. 11.

16 Bahr: Was wird aus den Deutschen?, S. 218.

haben. Und wenn Sie sich außerdem vergegenwärtigen, daß ja die Absperrmaßnahmen am 13. August begannen und dann nichts erfolgte, dann konnten die Russen damit rechnen, daß eben nichts Ernstes von seiten des Westens passiert, wenn sie die Genehmigung geben, daß ab 16. mit dem Bau der Mauer begonnen wurde.“¹⁷

Die Lehre, die Bahr für seine deutschlandpolitische Konzeption aus diesem Sachverhalt zog, war, daß die Deutschen zur Durchsetzung ihrer Interessen selbst aktiv werden mußten. Bahr formulierte dies 1990 in einem Interview folgendermaßen: „Mit Berlin, mit dem Bau der Mauer, verbunden ist für mich die Erkenntnis, daß uns Deutschen niemand hilft, wenn wir uns nicht selbst helfen. Die eigentliche Geburtsstunde der neuen Ostpolitik begann mit den Erfahrungen, die wir sammelten, als wir die Mauer im Interesse der Menschen durchlässig machen wollten.“¹⁸

Im Schöneberger Rathaus war man vom Verhalten der Alliierten, besonders von dem der Vereinigten Staaten, schwer enttäuscht. Erhofft hatte man sich zumindest einen entschiedeneren Protest seitens des Westens. Einen Tag nach Absperrung der Sektorengrenze äußerte sich Willy Brandt in einer Rundfunk-Ansprache scharf und sehr emotional: „Bis zum gestrigen Tage war die Einheit der deutschen Hauptstadt noch weitgehend erhalten. Bis zum gestrigen Tage ist eine weitgehende Freizügigkeit der Bewegung entsprechend dem Vier-Mächte-Status der Stadt möglich gewesen. Tausende und aber Tausende von Menschen haben täglich die Sektorengrenze überschritten, um im anderen Teil der Stadt ihrer Arbeit nachzugehen. Seit gestern hat sich die Lage grundlegend verändert. Der Ost-Sektor der Stadt ist herausgebrochen worden aus diesem Sondergebiet. Der Vier-Mächte-Status ist in entscheidender Weise gebrochen worden. Die Sektorengrenze ist nicht nur zu einer Art von Staatsgrenze gemacht worden, sondern sie ist durch Stacheldraht, durch Betonpfeiler, durch Spanische Reiter mit den Kennzeichen eines Konzentrationslagers versehen worden. [...] Die Verantwortung dafür reicht von den Machthabern in Ost-Berlin bis in den Kreml.“¹⁹ Und an die Adresse der West-Alliierten gerichtet fügte er am 16.8. 1961 auf einer Kundgebung in Berlin hinzu: „Das Ergebnis eines schreienden Protestes kann nicht ein papierener Protest sein! [...] Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen.“²⁰

Die angespannte politisch-psychologische Lage in Berlin und wohl auch die Verzweiflung angesichts der Tatenlosigkeit der Alliierten und der Ohnmacht der deutschen Behörden führten dann zu dem ungewöhnlichen Schritt des Regierenden Bürgermeisters, sich in einem persönlichen Brief direkt an den amerikanischen Präsidenten zu wenden. Am 16.8. 1961 schrieb er John F. Kennedy: „Untätigkeit und reine Defensive könnten eine Vertrauenskrise zu den Westmächten hervorrufen. [...] Ich würde es dieser Lage für angemessen halten, wenn die Westmächte zwar die Wiederherstellung der Viermächteverantwortung verlangen, gleichzeitig aber einen Drei-Mächte-Status Westberlins proklamieren würden. [...] Es bedarf auch eines klaren Wortes, daß die deutsche Frage für die Westmächte keineswegs erledigt ist, son-

17 Bahr in der ZDF-Dokumentation „Die Mauer“ vom 19.6.86. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 335.

18 Bahr: „Souveränität, die aus Weisheit erwächst“. Interview in: horizont International, Nr. 27/1990, S. 10f.

19 Willy Brandt in einer Rundfunk-Sendung am 14.8.61. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 47 A.

20 Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, auf einer Kundgebung in Berlin am 16.8.61. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 7, S. 52–58.

dern daß sie mit Nachdruck auf einer Friedensregelung bestehen werden, die dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten entspricht. [...] Nach der Hinnahme eines sowjetischen Schritts, der illegal ist und als illegal bezeichnet worden ist und angesichts der vielen Tragödien, die sich heute in Ostberlin und in der Sowjetzone Deutschlands abspielen, wird uns allen das Risiko letzter Entschlossenheit nicht erspart bleiben.“²¹

Konkret forderte Brandt, daß der Westen das Berlin-Thema durch eigene Initiativen vor die Vereinten Nationen bringe und regte an, daß die amerikanische Garnison in Berlin eine demonstrative Verstärkung erhalte. Letzteres geschah dann auch, Kennedy verlegte eine zusätzliche Kampftruppe nach West-Berlin. Ansonsten war seine Antwort, die er am 19. August durch Vizepräsident Lyndon B. Johnson übergeben ließ, für den Regierenden Bürgermeister eher ernüchternd. Trotz einiger trostspendenden und ermutigenden Worte ließ Kennedy an seiner grundlegend abweichenden Haltung keinen Zweifel. Der US-Präsident sah im Mauerbau kein Scheitern des Westens, sondern eine Niederlage der Sowjetunion: „Das bedeutet, Chruschtschow hat nachgegeben. Wenn er noch die Absicht hätte, ganz Berlin zu besetzen, hätte er diese Mauer nicht gebaut.“²² In seinem Brief an Brandt klang diese Auffassung Kennedys ebenfalls durch, wenn er betonte: „Grave as this matter is, however, there are, as you say, no steps available to us which can force a significant material change in this present situation. Since it represents a resounding confession of failure and of political weakness, this brutal border closing evidently represents a basic Soviet decision which only war could reverse. Neither you nor we, nor any of our Allies, have ever supposed that we should go to war on this point.“²³

„Inhalt und Form der ablehnenden Antwort Kennedys verursachten eine starke Frustration bei dem Berliner Regierenden Bürgermeister und gaben den Anstoß zu einem völligen Umdenken in der Berlin- und Deutschlandfrage bei Brandt und seinen Beratern.“²⁴

Brandt stellte sich rückblickend in seinen Erinnerungen die rhetorische Frage, ob es nicht dieser Brief war, „der den Vorhang wegzog und eine leere Bühne zeigte?“²⁵

Der Mauerbau war also in dieser Hinsicht sowohl für Brandt wie für seinen engsten deutschlandpolitischen Berater Egon Bahr ein Wendepunkt. Der amerikanische Präsident hatte nicht nur erklärt, sondern durch seine fehlende Reaktion am 13. August auch deutlich gezeigt, daß die USA nicht bereit waren, sich über die drei Essentials²⁶ hinaus für Berlin zu engagieren.

Für Egon Bahr ergab sich aus dieser Tatsache die Notwendigkeit, „darüber nachzudenken, wie wir uns selbst helfen könnten, weil Hilfe – auch von Bonn – nicht zu erwarten war“²⁷.

Dieses Umdenken geschah jedoch nicht punktuell, sondern zog sich über einen längeren Zeitraum seit dem 13. August 1961 hin. Bis sich daraus jedoch eine deutschlandpolitische Konzeption entwickelte, dauerte es noch mindestens ein Jahr und benötigte zweier weiterer Schlüsselerlebnisse. Das eine war der Tod Peter Fechtens, der im August 1962 auf der Flucht erschossen wurde und – wie Bahr es ausdrückt – „sozusagen 50 Minuten öffentlich starb“²⁸. Das andere war die Kuba-Krise mit ihrem Höhepunkt im Oktober 1962.

Helga Haftendorn benennt eines der bedeutendsten Resultate dieser von ihr als „Doppelkrise“ bezeichneten Situation: „Berlin- und Kuba-Krise waren ausgelöst worden durch den Versuch der Sowjetunion, das internationale Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Krisen hatten beiden Seiten dramatisch vor Augen geführt, daß jede gewaltsame Veränderung des Status quo die Gefahr der eigenen Vernichtung einschloß.“²⁹

Diese Erkenntnis hatte auch für Egon Bahr große Bedeutung. Der Senatspressechef kam zu dem Schluß, daß man auf absehbare Zeit mit der Mauer leben müsse und daß nur auf der Basis des Status quo und durch eine Normalisierung der staatlichen Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion und der DDR die Gefahr neuer Krisen in und um Berlin ausgeschaltet und eine Stabilisierung der Situation der Halbstadt herbeigeführt werden könnte.³⁰ Diese Haltung läßt sich auch aus einem Papier ablesen, das Egon Bahr am 19.5. 1962 verfaßte: „Die Sozialdemokratische Partei unterstützt die Bemühungen der Vereinigten Staaten, ein Modus-vivendi-Abkommen mit der Sowjetunion vorzubereiten. Ein solches Abkommen muß den freien Zugang, die Anwesenheit der befreundeten Mächte und die Lebensfähigkeit der Stadt sichern. Zu der Lebensfähigkeit gehört die Erhaltung der bestehenden Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik. Es darf künftige Regelungen nicht verbauen.“³¹

Nicht trotz, sondern gerade wegen der Mauer ergab sich für Egon Bahr nun die Notwendigkeit, seine Entspannungspolitik zu entwickeln³², was jedoch für ihn kein Abrücken vom Ziel der deutschen Einheit bedeutete, auch wenn sich der Zeithorizont durch die Zementierung der Teilung zwangsläufig verschob. Bahr schrieb am 8.2.1963 in einem Entwurf für ein Statement des Regierenden Bürgermeisters: „Der Siegeszug, den die Idee des Rechts auf Selbstbestimmung nach dem 2. Weltkrieg angetreten hat, wird nicht in Europa und nicht an den deutschen Grenzen haltmachen. Auf die Dauer wird auch dem deutschen Volk dieses Recht nicht vorenthalten werden können. Um nichts anderes handelt es sich, wenn wir von

21 Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, an US-Präsident John F. Kennedy vom 16.8.61. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 7, S. 49.

22 Zitiert aus einem Interview des ZDF-Magazins „Kennzeichen D“ vom 10.8.76 mit Kenneth P. O'Donnell, Terminsekretär des US-Präsidenten Kennedy. In: Bender: Neue Ostpolitik, S. 221.

23 Brief von John F. Kennedy an Willy Brandt; 18.8.61. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 324.

24 Behrendt: Die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Ostpolitik in der SPD 1960 bis 1969, S. 39.

25 Brandt: Erinnerungen, S. 11.

26 Vgl. Denkschrift über Vorgeschichte und Auswirkungen des 13. August 1961, S. 7f. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 124 : „Während der Tagung der Viermächte-Arbeitsgruppe in Paris und auf der anschließenden Außenministerkonferenz wurden von den Westmächten Ende Juli/Anfang August [1961] die drei ‚Essentials‘, die sie unter dem Einsatz des höchsten Risikos in Berlin wahren wollen, und von denen in den Monaten vorher bereits [...] die Rede war, wie folgt formuliert: 1. Aufrechterhaltung der Anwesenheit der alliierten Truppen in West-Berlin, 2. Aufrechterhaltung der freien Zugänge nach West-Berlin, 3. Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit West-Berlins.“ Vgl. hierzu auch die Rundfunk-

und Fernsehansprache des Präsidenten Kennedy vom 25.7.61. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 6, S. 1348–1356; sowie das Kommuniqué über die Tagung des Ministerrates der NATO in Oslo, 10.5.61, ebd., S. 734–736.

27 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 11.

28 Cramer: „gefragt: Egon Bahr“, S. 38.

29 Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 140.

30 Vgl. Behrendt: Die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Ostpolitik in der SPD 1960 bis 1969, S. 40.

31 Entwurf von Egon Bahr/betr. Berlin; 19.5.62. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 44 B.

32 Vgl. Bahr: Was wird aus den Deutschen?, S. 7.

Wiedervereinigung sprechen. Dieses Verlangen ist eine friedliche Forderung in doppeltem Sinne: Sie soll auf friedlichem Wege verwirklicht werden. Ihre Verwirklichung würde die Spannungen in Europa mildern und damit dem Frieden dienen. Aufgeben können wir diese Lösung des Deutschland-Problems nicht. Wir hätten die Lektion unserer Geschichte schlecht gelernt, wenn uns das Schicksal unseres Nachbarn, das Schicksal unserer 17 Millionen Landsleute hinter der Mauer, gleichgültig bliebe. Ich weiß, daß die Lösung des deutschen Problems nicht schnell zu erreichen ist. Sie ist außerdem eng verbunden mit der allgemeinen Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses und besonderen europäischen Sicherheitsfragen, aber ich bin fest überzeugt: Sie wird kommen.“³³

³³ Entwurf von Egon Bahr für ein Statement des RBm Willy Brandt zur Wiedervereinigung Deutschlands; 8.2.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 49 B.

5 „Wandel durch Annäherung“

5.1 Die Tutzinger Rede 1963

Die erste Gelegenheit, die aus dem Mauerbau gezogenen Lehren einer breiten Öffentlichkeit darzulegen, ergab sich für Egon Bahr im Sommer 1963.¹ Bereits seit 1961 feilte man im Schöneberger Rathaus an einer deutschlandpolitischen Neuorientierung. Egon Bahr, der 1960 auf Vorschlag und Einladung Willy Brandts als neuer Senatspressechef nach Berlin gekommen war, war an diesen Planungen maßgeblich beteiligt.

Als Leiter des Berliner Presse- und Informationsamtes gehörte es naturgemäß zu seinen Aufgaben, Redeentwürfe und Vermerke für den Regierenden Bürgermeister zu erstellen. Diese Aufgaben erweiterten sich schnell zu einer engen Beraterfunktion. Brandt und Bahr, die sich bereits seit den fünfziger Jahren kannten, stellten fest, daß sie auf der gleichen Wellenlinie dachten, redeten und handelten. Bahr hielt Brandt bereits in den fünfziger Jahren für einen der sozialdemokratischen Hoffnungsträger im Parlament. Brandt seinerseits kannte als Berliner Bundestagsabgeordneter natürlich die Beiträge des RIAS-Chefkommentators und schätzte ihn daher. Aber erst durch die enge Zusammenarbeit in Berlin entstand zwischen den beiden eine Freundschaft, die der gemeinsam entworfenen Politik wichtige Impulse gab. Dies ist für das Verständnis der Bahrschen Deutschlandkonzeption bedeutsam, weil Bahr ab diesem Zeitpunkt – mindestens für 15 Jahre – politisch quasi durch Brandt nach außen wirkte. Er war es im wesentlichen, der die außenpolitischen Konzeptionen entwarf, die Brandt dann politisch mit großer Öffentlichkeitswirkung vertrat.

Brandt würdigte die Rolle Bahrs in seinen Erinnerungen folgendermaßen: „Egon Bahr war nicht der einzige, aber der konzeptionell fähigste meiner Mitarbeiter in Berlin und im Übergang von Berlin nach Bonn. [...] Er ist als deutscher Patriot mit Sinn für internationale Verantwortung einen weiten Weg gegangen, und wir haben uns dabei nie aus den Augen verloren. Wenn und wo gesamteuropäische Zusammenarbeit vorkommt und gesamteuropäische Sicherheit gestaltet wird, ist sein gedanklicher Beitrag unverkennbar. Vieles von dem, was ich ab 1960 und über 1980 hinaus geleistet und versucht habe, wäre ohne solche Zusammenarbeit nicht möglich gewesen. Es ist selten, daß Freundschaft die Belastungen des politischen Geschäfts über so viele Jahre hinweg überdauert.“² Brandt schätzte an seinem „Brain-Truster“³ besonders dessen „großen Scharfsinn“, seine „große Beharrlichkeit“⁴ und seinen „ausgeprägten Sinn für Loyalität“⁵.

¹ Vgl. Vortrag des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 15.7.63. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S.572–575. Die Rede, die unter dem Titel „Wandel durch Annäherung“ gehalten wurde, ist auch abgedruckt in: Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 11–17.

² Brandt: Erinnerungen, S. 73f.

³ Sommer, Theo: „Zur besonderen Verwendung. Egon Bahr – der Mann neben Außenminister Brandt“. In: Die ZEIT, Nr.10 (10.3.67), S. 2.

⁴ Brandt über Bahr in der Panorama-Sendung vom 3.8.70. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 85.

⁵ Zitiert nach: „Viel dazugelernt“. In: Der SPIEGEL, Nr. 7 (9.2.70), S. 24.

Die Haltung Bahrs zu Brandt war sehr emotional⁶ und von einer „unbedingten und unbeirrbar⁷en“ Loyalität, die allerdings das Recht zu interner Kritik beanspruchte. Hermann Schreiber betont mit Recht, daß die spezielle Beziehung Egon Bahrs zu seinem Mentor Willy Brandt seinen Ursprung weniger im Politischen denn in der Hochachtung vor dessen menschlichen Qualitäten besaß.⁸

In einem Brief schrieb Bahr bereits im April 1961 über seine Wertschätzung für Willy Brandt: „Er ist insofern ein Realist mit Leidenschaft; das klingt paradox, aber es stimmt. [...] Er hat nur ganz selten die Freiheit, wirklich gelöst zu sein und die Last abzuwerfen, die er sich aufgebürdet empfindet. Er ist ein Mensch mit einem großen Verantwortungsbewußtsein, der lange wägt, ehe er harte Entscheidungen fällt, der aber dann in diesen Entscheidungen nicht mehr zu erschüttern ist. [...] Das überraschendste Merkmal seines Charakters ist für mich eine Bescheidenheit, eine menschliche Aufrichtigkeit, die bestechend ist, gerade dann, wenn sie mit vollem Blick Schwächen zu erkennen gibt.“⁹ Bahr schätzte an Brandt dessen „Instinkt für das Mögliche. Die Kunst zusammenzufassen, auszugleichen, das Wesentliche zu erkennen, menschliche Anständigkeit“¹⁰. 1987, als Brandt sein Amt als SPD-Parteivorsitzender niederlegte, schrieb Bahr über seinen langjährigen Chef und Freund: „Natürlich kann keiner das Naturgesetz außer Kraft setzen, daß es kein Licht ohne Schatten gibt. Ein Mann, der in seiner Jugend erfahren hat, wie es ist, getreten zu werden, wollte später nicht selbst treten, auch dann nicht, wenn man es sich gewünscht hätte. Seine Kraft stammt aus der Überzeugungskraft, und übrigens aus seiner Zähigkeit.“¹¹

Die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Brandt und Bahr ist also ein Grundpfeiler für das Verständnis ihrer Ost- und Deutschlandpolitik. „Brandts Durchsetzungsvermögen verschaffte den intellektuellen und schöpferischen Qualitäten Bahrs einen immer breiteren Entfaltungsspielraum. Dankbarkeit und absolute Loyalität sind das Ergebnis dieser Entwicklung.“¹² Richard von Weizsäcker urteilte 1992 über „das ziemlich einmalige Zusammenwirken“ der „völlig unterschiedlichen Persönlichkeiten“ Brandt und Bahr: „Jeder kam wohl erst mit Hilfe des anderen zur wirksamen Entfaltung seiner eigenen Gaben.“¹³

Als enger Berater Willy Brandts gehörte der Senatspressechef Bahr natürlich auch zu jener „Vierer-Bande“, die man Anfang der 60er Jahre in Berliner SPD-Kreisen, zwischen Spott und Hochachtung schwankend, als „Heilige Familie“ bezeichnete.¹⁴ Zu diesem engsten Führungskreis gehörten neben Willy Brandt und dessen Pressechef Egon Bahr, der Bürgermeister Heinrich Albertz sowie der Senator für

Bundesangelegenheiten, Brandts „Wahlkampfmanager“ Klaus Schütz. In diesem Kreis, zeitweilig ergänzt durch Dietrich Spangenberg, der 1963 die Position des Senatskanzleichefs übernahm, diskutierte und plante man ab Sommer 1961 die Konsequenzen, die sich für die deutsche Politik aus dem Mauerbau ergaben.

Dieser Beraterzirkel war aber auch aus politisch-taktischen Gründen für Brandt von Bedeutung, weil er beispielsweise Albertz und Bahr des öfteren dazu benutzte – freilich mit deren Zustimmung –, sogenannte „Versuchsballons“ zu starten.¹⁵ Für einigen Wirbel sorgte z.B. im Sommer 1962 ein SPIEGEL-Gespräch des damaligen Berliner Innensensors Heinrich Albertz, der dort öffentlich zu überlegen gab, wie man – bei einer angestrebten Passierscheinregelung für DDR-Bürger – verhindern könnte, daß es dadurch zu einer Fluchtbewegung kommen könnte, was der DDR-Führung eine solche Regelung unmöglich gemacht hätte.¹⁶ Die Reaktion auf diesen Vorstoß war gewaltig. Man machte Albertz den Vorwurf, er habe sich für eine Einschränkung des Asylrechts ausgesprochen. Willy Brandt stellte sich schützend vor seinen Innensensor, indem er in einer Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 6.9.1962 erklärte, daß der Begriff des Asylrechts auf die innerdeutsche Situation nicht anwendbar sei.¹⁷

Ein ähnlicher politischer „Versuchsballon“ war auch Bahrs Tutzing-Rede „Wandel durch Annäherung“. Brandt und Bahr waren im Juli 1963 aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Politischen Clubs eingeladen, in der Evangelischen Akademie Tutzing Vorträge zu halten. Hier in der idyllischen Atmosphäre des kleinen Ortes am Westufer des Starnberger Sees treffen sich Jahr für Jahr Politiker, Publizisten und Wissenschaftler, um im kleinen Kreis aktuelle Themen zu diskutieren. Bahr sagt, man habe in Berlin lange an einer „wirklich wichtigen Rede für Brandt“¹⁸ gearbeitet. Diese Rede sollte in Anlehnung an Heinrich Heines Wintermärchen den Titel tragen „Denk ich an Deutschland...“.¹⁹ Aus einem Aktenvermerk vom 18.4.1963, den Bahr für Brandt verfaßte, geht allerdings hervor, daß man auch für Tutzing das bewährte „Versuchsballon-Modell“ ins Auge gefaßt hatte. Bahr notierte: „Es könnte nützlich sein, wenn besonders brisante Dinge nicht von Ihnen gesagt werden. Mein Thema könnte so gefaßt werden, daß es eine Ergänzung Ihres Vortrages wird.“²⁰ Brandts Rede war dann auch eher allgemein gehalten. Der Regierende Bürgermeister zog eine umfassende Bilanz der außen- und innenpolitischen Situation der Bundesrepublik, die 1963 ihren ersten Kanzlerwechsel (von Adenauer zu Erhard) erlebte. Im zweiten Teil seiner Rede finden sich allerdings sämtliche Grundgedanken, die Egon Bahr auch in seiner Rede – etwas pointierter – verarbeitet. So heißt es beispielsweise in Brandts Tutzing-Rede: „In Wirklichkeit geht es um die simple Erkenntnis, daß es keine andere Aussicht auf die friedliche Wiedervereinigung unse-

6 Ihren stärksten, für eine große Öffentlichkeit sichtbaren Ausdruck fand diese gefühlsmäßige Nähe in den Tränen, die Egon Bahr vor laufenden Fernsehkameras vergoß, als Willy Brandt vor der SPD-Bundestagsfraktion 1974 seinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers bekanntgab.

7 Albertz, Heinrich: Blumen für Stukenbrock. Biographisches, Stuttgart 1981, S. 17

8 Schreiber, Hermann: „Er denkt zuviel – die Leute sind gefährlich“. In: Der SPIEGEL, Nr. 53 (25.12.72), S. 26–27.

9 Brief Bahrs an die Herren Goyke und Bolesch im April 1961. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 47 B.

10 Bahr über Brandt in der Panorama-Sendung vom 3.8.70. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 85.

11 Bahr: „Brandt: Ein Mann, der nicht treten wollte“. In: Abendzeitung (13.6.87).

12 Appel, Reinhard: „Für Deutschland Visionen ohne Illusion. Egon Bahr: Freund des Kanzlers und Brandts Mann des Jahres“. In: Süddeutsche Zeitung, Nr.313 (Silvester 1971/Neujahr 1972), S. 3.

13 Weizsäcker, Richard von: Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt a.M. 1992, S. 53.

14 Vgl. Heß, Hans-Jürgen: Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren von 1963 bis 1981, Bonn 1984, S. 55.

15 Ebd., S. 55.

16 Vgl. Albertz, Heinrich: „Wird Berlin ein zweites Algerien?“ Interview in: Der SPIEGEL, Nr.36 (5.9.62), S. 25f.

17 Vgl. Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 6.9.62. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 8, S. 1032–1035.

18 Bahr in einem Interview mit dem Verfasser vom 14.2.92.

19 Brandt, Willy: „Denk ich an Deutschland...“. In: Pressedienst des Landes Berlin, Nr. 135 (15.7.63); ebenfalls abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S. 565–571.

20 Vermerk Bahrs an Willy Brandt/betr. Vorbereitung auf Tutzing; 18.4.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 49 B.

res Volkes gibt als den nicht erlahmenden Versuch, die Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West aufzubrechen. [...] Eine solche Konzeption kann zu einer Transformation der anderen Seite beitragen. [...] Es gibt eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie.“²¹ Ebenso wie Bahr knüpfte Brandt in seiner Rede an Kennedys „Strategie des Friedens“ an, unterstrich aber, um seinen innenpolitischen Kritikern den Wind aus den Segel zu nehmen, daß es in der Außenpolitik „nicht um umwälzende Veränderungen“, sondern um „Korrekturen und neue Akzente“ gehen solle.²² Weder in der SPD noch in der breiten Öffentlichkeit wurde den Ausführungen Brandts allerdings große Aufmerksamkeit zuteil, ganz im Gegensatz zu der Rede seines Pressechefs.

Um was ging es nun aber in Bahrs „Diskussionsbeitrag“, der anschließend für große Aufregung sorgte? In dieser Tutzinger Rede legte er das Konzept vom „Wandel durch Annäherung“ das erste Mal öffentlich dar. Bahr berief sich in seinen Ausführungen ebenfalls auf Kennedys gerade proklamierte „Strategie des Friedens“. Der US-Präsident hatte in seiner Friedensrede vor der American University in Washington am 10.6. 1963 u.a. ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten nicht eine Pax Americana anstreben würden, daß ein totaler Krieg im Zeitalter atomarer Vernichtung sinnlos sei, daß man deshalb seine Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem Kalten Krieg per se überprüfen wolle. Kennedy: „Beide, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sowie die Sowjetunion und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens. Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjets wie auch im unsrigen. Selbst bei den feindlichsten Ländern kann man damit rechnen, daß sie solche vertraglichen Verpflichtungen akzeptieren und einhalten, die in ihrem eigenen Interesse sind.“ Und weiter führte er aus: „Wir müssen daher auf der Suche nach Frieden ausdauernd bleiben, in der Hoffnung, daß konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar scheinen. Wir müssen unsere Politik so betreiben, daß es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen.“²³

Diese Gedanken Kennedys griff Bahr in seiner Tutzinger Rede auf und versuchte, sie auf die deutsche Situation zu übertragen. Zwischen der Friedensrede Kennedys in Washington und Bahrs Rede in Tutzing lag übrigens ein für Berlin, Brandt und Bahr wichtiges Ereignis, nämlich der legendäre Berlin-Besuch Kennedys Ende Juni 1963.

Bahr formulierte in Tutzing erstmalig jene Paradoxie, die zum Wesenszug der späteren Ostpolitik werden sollte: „Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll.“ Für Bahr stand fest, „daß jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist.“ Eine Hauptthese seines Tutzinger Referates war die Feststellung, daß das Deutschlandproblem Teil des Ost-West-Konfliktes ist und somit nur in Verbindung mit den Supermächten zu lösen ist. Egon Bahr sah den Schlüssel zur Lösung der „deutschen Frage“ in Moskau: „Die

21 Vortrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 15.7.63. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S. 567ff.

22 Ebd., S. 566.

23 Rede des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy in der „American University“ in Washington am 10.6.63. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S. 385.

Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjetunion zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie.“ „Die Wiedervereinigung ist ein außenpolitisches Problem.“ „Wandel durch Annäherung“ – dahinter steckte für Bahr auch die Philosophie einer „Politik der kleinen Schritte“: „Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, daß die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. [...] Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen.“ Der Bau der Mauer und vor allem auch der Tod Peter Fechtens ließen den Senatssprecher zu dem Schluß kommen, daß Erleichterungen nur mit dem „Regime drüben“ möglich seien. „Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, daß Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zur Zeit dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar sind.“²⁴ Bahr versuchte in seiner Tutzing-Rede in vielen Beispielen aufzuzeigen, daß seiner Auffassung nach die westlichen Alliierten und auch die Bundesrepublik den Staat „DDR“²⁵ bereits als Realität respektiert hätten, ohne eine formale Anerkennung. Und Bahr zog die Konsequenz, „daß sich unterhalb der juristischen Anerkennung, unterhalb der bestätigten Legitimität dieses Zwangsregimes bei uns so viel eingebürgert hat, daß es möglich sein muß, diese Formen auch gegebenenfalls in einem für uns günstigeren Sinne zu benutzen.“²⁶

Bahr beschrieb in seiner Rede, wie mit Hilfe des Handels die Lebenssituation der Menschen im anderen Teil Deutschlands verbessert werden könne und damit auch politische Erleichterungen zu erreichen seien: „Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. [...] Man könnte die Sorge haben, daß dann die Unzufriedenheit unserer Landsleute etwas nachläßt. Aber eben das ist erwünscht, denn das ist eine weitere Voraussetzung dafür, daß in dem Prozeß zur Wiedervereinigung ein Element wegfallen würde, das zu unkontrollierbaren Entwicklungen führen könnte und damit zu zwangsläufigen Rückschlägen führen müßte.“

Der SPD-Politiker warnte in seiner Tutzinger Rede vor Entwicklungen, die die Stabilität gefährden könnten: „Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, daß sich dadurch nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlages ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.“

Die Schlußfolgerung, die Bahr aus seiner Analyse zog: Wenn der Mauerbau tatsächlich ein Zeichen der Angst und des kommunistischen Selbsterhaltungstriebes sei, dann wäre zu überlegen, „ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell soweit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: ‚Wandel durch Annäherung‘. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche

24 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 12f.

25 Den Ausdruck verwendete Bahr in seiner Rede nicht. Er sprach immer von der Zone bzw. von Ost-Berlin.

26 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 15.

Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten und das ist keine Politik.“²⁷

Dieses Konzept vom „Wandel durch Annäherung“ sorgte in der damaligen politischen Szenerie für große Aufregung. Kritisiert wurde Bahr in Ost und West. Der damalige Außenminister der DDR, Otto Winzer, sah in der Formel eine „Aggression auf Filzlätschen“²⁸. Der Berliner Bürgermeister Franz Amrehn (CDU) meinte, die Rede Bahrs enthalte Elemente einer neuen Richtung der Berlin-Politik mit nicht mehr übersehbaren Aufweichungstendenzen, denen von Anfang an der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt werden müsse.²⁹ Der Journalist Matthias Walden formulierte die konservative Gegenposition zu Bahr: Im Kampf gegen den Kommunismus gebe es nur Sieg oder Niederlage. Man dürfe nicht die „Gewöhnung an das Ungewöhnbare“ fördern.³⁰

Aber auch in der SPD war das Konzept heftig umstritten. Herbert Wehner beispielsweise nannte die Thesen „Ba(h)rer Unsinn“³¹ und eine „Narretei“³². In der SPD gab es viele, die befürchteten, die Partei, die sich ja erst 1960 mit der legendären Rede Wehners im Bundestag³³ auch zu den Grundlagen der Adenauerschen Außenpolitik bekannt hatte, könnte sich mit Bahrs Konzept von dieser Position schon wieder entfernen und innenpolitisch zu angreifbar werden. Die CDU stieß dann auch genau in dieses Horn. In ihrem Pressedienst hieß es: „Die Frage ist berechtigt, ob der von Herbert Wehner eingeleitete neue Kurs noch gilt oder ob jetzt wieder die alten außenpolitischen Vorstellungen der SPD aus den Jahren vor 1960 herrschende Meinung werden.“³⁴

Die SPD tat deshalb auch alles, um sich von Bahr zu distanzieren. Die Berliner Sozialdemokraten bezeichneten die umstrittenen Äußerungen des Senatspressechefs als einen Beitrag zur eigenen Meinungsbildung in der Partei. Bahr habe weder für die SPD noch für irgendeinen anderen gesprochen, sondern allein seine persönliche Meinung geäußert. In der SPD-Zeitung „Berliner Stimme“ hieß es distanziert: „Man mag die Überlegungen des Bürgers Egon Bahr begrüßen, oder man mag sie ablehnen – eines kann man nicht tun: das Denken verbieten! Das Recht, denken zu dürfen, hat der Bürger Egon Bahr auch in seiner Eigenschaft als Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin. Er hat sogar das Recht auf den Irrtum.“³⁵

In dieser kritischen Situation bewährte sich die gelungene „Arbeitsteilung“ zwischen Egon Bahr und Willy Brandt. Bahr beschrieb dies in seinem 1991 erschienenen

Buch „Sicherheit für und vor Deutschland“ so: „Wenn Willy Brandt nicht seine Hand über mir gehalten hätte, auch gegen hochrangige Kritik aus der eigenen Partei, wären die restlichen Beiträge dieses Buches nicht entstanden“³⁶ – die politische Karriere des Egon Bahr hätte ein schnelles Ende gefunden. Die Reaktion hinsichtlich der Bahrschen Rede und das Verhalten des Tandems Brandt/Bahr sagt also einiges über die taktische Vorgehensweise zu jener Zeit aus, aber auch über den Charakter Willy Brandts.

Da ist zum einen die Taktik des „Versuchsballons“. Enge Mitarbeiter tun ihre Gedanken in Reden und Interviews kund, Willy Brandt stellt sich, wenn nötig, schützend vor sie, nicht ohne aber, seinem vorsichtigen, zögerlichen Naturell entsprechend, sich hier und da abzugrenzen.

So erklärte Brandt zur Rede Bahrs: „Egon Bahrs Diskussionsbeitrag in Tutzing hat einige Aufregung verursacht. Ich habe nicht die Absicht, über den Stock zu springen, den die Gegner hinhalten. Man muß den vollen Text lesen, um die Sache vernünftig beurteilen zu können. Ich war damit einverstanden, daß diese Gedanken zur Diskussion gestellt würden. Sie sollten in den richtigen Rahmen eingeordnet und weder durch Hysterie noch durch mangelndes Selbstbewußtsein untergebuttert werden.“³⁷

Im Berliner Abgeordnetenhaus jedoch bezeichnete auch Brandt die mit ihm abgesprochene Rede als „privaten Diskussionsbeitrag“, zu dem sich „manches ergänzend, ordnend, hinzufügend“ sagen lasse.³⁸ Und in einem privaten Brief aus dem Urlaub ermahnte er seinen Pressechef freundschaftlich: „Lieber E.B., Du Schlawiner läßt überhaupt nichts von Dir hören. Über die Tutzing-Polemik müssen wir noch reden. Ich wußte nicht, daß Du Deine Rede über den Pressedienst vertreiben lassen würdest und halte dies auch [...] für nicht zweckmäßig. Hoffentlich sind wir uns in der Sache einig, daß wir uns den Holzköpfen stellen müssen, dies aber nicht *der* Punkt der von uns gewünschten großen Auseinandersetzung ist.“³⁹

Aber „Wandel durch Annäherung“ wurde doch der Punkt, wurde zum geflügelten Begriff und quasi zum deutschland- und ostpolitischen Kredo Bahrs und der gesamten sozialdemokratischen Entspannungspolitik. Und das, obwohl es anfangs kaum zustimmende Äußerungen in Parteien und Publizistik gab. Eine der wenigen positiven Reaktionen kam von dem Liberalen Karl-Hermann Flach, der in der Frankfurter Rundschau unter der Überschrift „Deutsches Armutszeugnis“ die negative Reaktion auf Bahrs Rede beklagte: „Da hält im Zeitalter geistiger Sterilität einmal ein Mann eine Rede, die Ansatzpunkte für einen kleinen Schritt nach vorn bietet, nachdem wir in der deutschen Frage jahrzehntelang rückwärts marschieren. [...] Und es genügt ein Pfiff aus der politischen Provinz, um sich erst einmal von solch kühnen Gedanken abzusetzen. Ist unsere Bundesrepublik denn nicht doch mehr als ein Produkt des Kalten Krieges, das die Entspannung wie den Leibhaftigen fürchten muß?“⁴⁰

27 Ebd., S. 16f.

28 Vgl. Baring: Machtwechsel, S.210. Baring schreibt den Ausspruch „Aggression auf Filzlätschen“ Walter Ulbricht zu. Bahr sagt, dieser Ausdruck stamme mit Sicherheit von DDR-Außenminister Otto Winzer.

29 Vgl. Amrehn, Franz: Gefährlicher Richtungswechsel. In: Politisch-soziale Korrespondenz, Nr. 15 (1.8.63), S. 5–8.

30 Koch, Peter: Willy Brandt. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt a.M. 1988, S. 255.

31 Ebd., S. 255.

32 Schröder: Egon Bahr, S. 114.

33 Wehner, Herbert: Plädoyer für eine gemeinsame Politik. (Rede vor dem Deutschen Bundestag nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz, 30.Juni 1960). In: Wehner, Herbert: Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930/1975, Frankfurt a.M./Berlin/Hannover 1976, S. 232–248.

34 Zitiert aus: „Bahr-Rede weiter umstritten“. In: Der Kurier, Nr.170 (25.7.63), S. 2.

35 Rothe, Karl-Heinz: „Seit wann ist das Denken verboten?“ In: Berliner Stimme, Nr. 30 (27.7.63), S. 2.

36 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 11.

37 Zitiert aus einem Brief Brandts an Bahr; 24.7.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 348.

38 Vgl. Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 5.6.63. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S. 679–693.

39 Brief Brandts an Bahr; 1.8.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 348.

40 Flach, Karl-Hermann: „Deutsches Armutszeugnis“. In: Frankfurter Rundschau (27.7.63).

Aber trotz aller Vorbehalte auch unter den eigenen Parteifreunden setzte sich Bahrs Konzeption in der SPD durch.

Worin lagen nun der Erfolg dieser Konzeption und die zwiespältige Faszination, die diesen Begriff fast dreißig Jahre lang begleitet hat?

Erstens und vorrangig in der Ambivalenz und Vielschichtigkeit der Begriffe selbst. „Wandel durch Annäherung“ – Wer oder was sollte sich wandeln, damit wer oder was sich annähert? In der Rede selbst deutete Bahr noch darauf hin: Die Staaten müßten sich annähern, damit die DDR (der Ausdruck fällt nicht) sich wandele, ja überhaupt wandeln könne. Bahr sagte in Tutzing wörtlich: „Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir so weit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan.“⁴¹ Das war es, was die Ablehnung seitens der DDR hervorrief. Bahr selbst meinte: „Ich war erschrocken über die Reaktion ‚Aggression auf Filzlätschen‘. Ich hab dann gemerkt, daß man so etwas natürlich nicht öffentlich proklamieren darf, wenn man es erreichen will. Das hab ich dann auch öffentlich nicht mehr gemacht.“⁴² „Wandel durch Annäherung“ wurde also in der Folgezeit folgendermaßen interpretiert: Die Staaten müssen sich annähern, damit sich die Beziehungen zwischen den Staaten wandeln können.

„Wandel durch Annäherung“ stand somit als Ansatz für die Ambivalenz, Paradoxie, ja Dialektik der späteren Ostpolitik.

Das zweite Element, das dazu führte, daß die Formel „Wandel durch Annäherung“ dreißig Jahre Bestand hatte, war, daß sie 1963 ein Tabu brach und damit ein Thema auch begriffsbildend besetzte. Die Bedeutung, die Tabus in einer Gesellschaft spielen, und die Behutsamkeit, mit der man vorgehen muß, um diese zu brechen, hat Egon Bahr meiner Meinung nach sehr treffend in einer Notiz am 5.11. 1965 beschrieben: „Tabus kann nur anrühren, wer darin nicht nur eine non-konformistische Mutprobe sieht, sondern auch respektiert, daß sich die Gesellschaft durch Tabus vor dem allzu grellen Licht der Wahrheit schützt. Die Leidenschaft liegt im Ziel. Der Weg dorthin verlangt Nüchternheit.“⁴³

Zusammenfassend läßt sich sagen: „Wandel durch Annäherung“ war bei seiner erstmaligen Formulierung als Wiedervereinigungskonzept gedacht. Bahr formulierte später: „Wandel durch Annäherung, das schien mir damals die einzige Möglichkeit, über ein vielleicht zeitlich begrenztes Zwischenstadium zur staatlichen Einheit zu kommen.“⁴⁴ „Wandel durch Annäherung“ war ein Modell bzw. wurde ein Modell für die spätere Neuorientierung der bundesdeutschen Ostpolitik. Und „Wandel durch Annäherung“ sollte die bundesrepublikanische Antwort auf die Entspannungsbemühungen der USA innerhalb Kennedys „Strategie des Friedens“ darstellen.

5.2 Die operative Umsetzung der ostpolitischen Neuorientierung

„Wandel durch Annäherung“ war jedoch mehr als nur ein theoretisches Konzept. Bereits wenige Monate nach Egon Bahrs Tutzing Reden fand sein Denkmodell eine

erste praktische Anwendung, nämlich im sogenannten Berliner Passierscheinabkommen.

Das Neue an Bahrs Ausführungen in Tutzing bestand darin, daß „sie endlich die juristischen Modalitäten der Koexistenz in Deutschland als das Sekundäre“⁴⁵ bezeichneten und sich darauf konzentrierten, die Situation der Menschen im geteilten Deutschland zu verbessern.

Konkret ging es dem Berliner Senat „darum,

- die Besuchsmöglichkeiten für die Westberliner Bürger nach Ostberlin und in die DDR zu verbessern;
- zwischen den beiden deutschen Staaten gegenseitig zu verrechnende Reiseschecks einzuführen, um den Besucherverkehr in die DDR zu fördern;
- einen Informations- und Publikationsaustausch aufzubauen;
- die Eisenbahnverbindungen zu verbessern;
- den innerdeutschen Handel auszubauen.“⁴⁶

Seit dem Mauerbau hatte sich im Schöneberger Rathaus die Erkenntnis durchgesetzt, daß man, um konkrete alltägliche Dinge für die Menschen in der geteilten Stadt zu regeln, mit den Machthabern in Ost-Berlin reden müsse. Konnte man sich vor dem 13. August 1961 noch auf den Standpunkt stellen, aufgrund des noch halbwegs intakten Lebens, der freien Zugangswege von Ost nach West, brauche man nicht mit dem Osten zu verhandeln, so erwies sich diese Haltung seit der Zementierung der Teilung – zumindest wenn man die Mauer durchlässiger machen wollte – als nicht durchhaltbar. Egon Bahr beschrieb die Notwendigkeit zu direkten Verhandlungen mit den DDR-Machthabern so: „Wir haben uns damals überlegt, wo kriegen wir Passierscheine her? Von der Bundesregierung nicht, von den Amis nicht, von den Russen nicht – ich habe damals in Anspielung auf Adenauers Denken gesagt: Leider nicht einmal von den Chinesen. Auch nicht vom roten Rathaus, der Stadtverwaltung Ost-Berlins. Sondern nur von der Regierung der DDR! Also müssen wir uns vorbereiten auf Verhandlungen mit der Regierung der DDR.“⁴⁷

Über einen flexibleren Umgang mit dem Thema Ostkontakte wurde in Berlin allerdings lange vor der ersten Passierschein-Übereinkunft im Dezember 1963 nachgedacht, und in Ansätzen wurden diese bereits praktiziert. So unterhielt Dietrich Spangenberg beispielsweise Kontakte u.a. zu Hermann von Berg, die aus ihrer gemeinsamen Studienzeit an der Humboldt-Universität herrührten und wenn nötig zum informellen Austausch genutzt werden konnten. Für wichtiger hielt man aber die Kontakte zu sowjetischen Stellen. Bereits 1959 war ein Treffen zwischen Brandt und Chruschtschow geplant⁴⁸, aber gescheitert. Im Januar 1963 kam es zu einer neuen Gelegenheit. Chruschtschow, der anlässlich eines SED-Parteitages in Berlin weilte, lud Brandt überraschend nach Ost-Berlin ein. Die geheimen Verhandlungen über Zustandekommen und Prozedur eines möglichen Treffens führte Brandts Pressechef

45 Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 452.

46 Czerwick, Edwin: Oppositionstheorien und Außenpolitik. Eine Analyse sozialdemokratischer Deutschlandpolitik 1955 bis 1966, Königstein/Ts. 1981, S. 129.

47 Koch: Willy Brandt, S. 252.

48 Die Einladung zu diesem Treffen wurde Brandt im März 1959 durch Bruno Kreisky übermittelt. Vgl. Brandt: Erinnerungen, S. 51f.

41 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 13.

42 Interview Bahrs mit dem Verfasser am 14.2.92.

43 Notiz Bahrs; 5.11.65. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 320.

44 Bahr: Was wird aus den Deutschen?, S. 219.

Egon Bahr. Inoffizielle Kontakte zwischen sowjetischen Behörden und dem Berliner Senat gab es mit Sicherheit bereits in den Jahren 1960 und 1961 (vermutlich auch schon früher). Ansprechpartner für Egon Bahr waren in diesen Jahren verschiedene sowjetische Korrespondenten (u.a. der TASS-Korrespondent Iwanow) sowie der Botschaftsrat Slawin, den Bahr u.a. am 14.6. und am 22.12.1961 traf. Bei dem Gespräch im Dezember stellte dieser regelmäßige Treffen in Aussicht. Bahr schrieb in einem Vermerk an Brandt: „Er [Slawin/d.Verf.] selbst wird Mitte Januar für einige Monate nach Moskau gehen. [...] Er würde mich [Bahr/d.Verf.] vielleicht noch einmal Anfang Januar zu einem Gespräch bitten oder mich mit einem Herrn bekannt machen, für den Fall, daß ich Interesse hätte. Es könne ja sein, daß man sich einmal etwas Wichtiges mitzuteilen wünsche.“⁴⁹

Im April 1962 lernte Bahr Viktor Belezki kennen; wie er notierte: „Herr Viktor Nikolajewitsch Belezki, II.Sekretär der Botschaft der UdSSR in Berlin, hat sich – unangemeldet – als der Sachbearbeiter für Angelegenheiten des Senats und des Abgeordnetenhauses vorgestellt.“⁵⁰

Im Januar 1963 wurde ein regelmäßiger Gesprächskontakt von sowjetischer Seite angeregt. Bei der Feuerzangenbowle der Auslands-Journalisten machte Belezki folgende, von Bahr in einem Vermerk festgehaltene Bemerkung: „B. fragte, ob es nicht eine Möglichkeit eines informellen, nicht auf einer politischen Ebene stattfindenden Kontaktes zur Klärung von Sachfragen und Meinungs austausch gäbe. [...] Zu beiden Fragen habe ich nur ausweichende Antworten gegeben. Es wurden keinerlei Verabredungen getroffen.“⁵¹

Die Entscheidung Brandts zu der Einrichtung dieses regelmäßigen Gesprächskontaktes fiel positiv aus, so daß ab Februar 1963 diese informelle Verbindung kontinuierlich erfolgen konnte.

Da hatte der Kontakt seine erste Bewährungsprobe allerdings bereits bestanden. In mehreren geheimen Treffen, die alle in diversen West-Berliner Restaurants stattfanden, hatten Bahr und sein sowjetischer Widerpart Belezki das Treffen Brandt-Chruschtschow bis in die letzte Einzelheit geplant. Trotzdem scheiterte es wiederum in letzter Minute, diesmal am Widerstand der West-Berliner CDU. Der Koalitionspartner der SPD ließ durch Bürgermeister Franz Amrehn auf einer außerordentlichen Senatssitzung erklären, daß, wenn Brandt zu dem Treffen fahre, die Stadtregierung platzen werde. Amrehn vertrat die Auffassung, Berlin dürfe „keine eigene Außenpolitik“ betreiben.⁵²

Brandt sagte das Treffen in letzter Minute ab, ließ jedoch seinerseits die Koalition wenige Wochen später platzen und zog das gescheiterte Treffen mit dem sowjetischen Generalsekretär in den Wahlkampf. Brandt warf Amrehn und der Berliner CDU „Erpressung“ vor.⁵³ Die SPD erzielte nicht nur, aber auch aufgrund dieses Themas am 17. Februar 1963 mit 61,9% der Stimmen einen triumphalen Wahlsieg.

Aus diesen Geschehnissen ergaben sich für Egon Bahr und dessen Deutschlandkonzeption zwei offensichtlich fundamentale Erkenntnisse. Zum einen wurde der Versuch einer aktiven Ostpolitik bzw. in diesem Fall der Versuch, in Gesprächen mit dem Osten Fortschritte zu erzielen, vom Wähler honoriert, was den Berliner Senat und seinen Pressechef ermutigte, seine Vorstellungen von einer ostpolitischen Neuorientierung offensiver zu vertreten. Zum anderen erkannte man die Nützlichkeit informeller Kontakte zu sowjetischen Stellen. Diese geheimen Kontakte, die Bahr zu dem sowjetischen Gewährsmann Belezki während der gesamten 60er Jahre aufrechterhielt und die, wären sie damals an die Öffentlichkeit gedrungen, vermutlich einen großen Skandal⁵⁴ verursacht hätten, boten dem Kreis um Brandt die Möglichkeit, die potentielle Reaktion auf ihre Ostpolitik quasi in einer Art „verdecktem Vorlauf“⁵⁵ zu testen.

Die Operationalisierung des Konzepts „Wandel durch Annäherung“ mit Hilfe einer Passierscheinvereinbarung war Bahrs praktische Konsequenz aus dem Mauerbau: „Da ich die Mauer mit Gewalt nicht beseitigen kann, muß ich sie im Interesse der Menschen wenigstens durchlässig machen.“⁵⁶

Dies war die Politik der „kleinen Schritte“ statt der der „großen Worte“.⁵⁷ Brandt formulierte dies in seinen Erinnerungen so: „Meine Meinung war und ist: Es soll sich die Politik zum Teufel scheren, die – um welcher Prinzipien auch immer – den Menschen das Leben nicht leichter zu machen sucht. Wo eine Wahl unausweichlich ist, muß das menschliche Wohl den Vorrang haben. Denn was gut ist für die Menschen im geteilten Land, ist auch gut für die Nation.“⁵⁸

Mit dieser Politik befand sich der entspannungsfreundliche Teil der SPD um den Berliner Regierenden Bürgermeister allerdings in einer doppelten Gefahr und Abhängigkeit. Denn diese operative Umsetzung des „Wandels durch Annäherung“ konnte nur in Abstimmung mit der Bundesregierung und den westlichen Alliierten einerseits und einem Entgegenkommen der DDR und der Sowjetunion andererseits erreicht werden. Damit begab man sich bereits während der Verhandlungen um die Passierscheine auf jenen schmalen Pfad der allseitigen Akzeptanz, die später zur Voraussetzung für eine erfolgreiche Ostpolitik werden sollte. Wollte man von Berlin aus aktiv in das deutschlandpolitische Geschehen eingreifen, so mußte man zunächst den Eindruck vermeiden, man wolle die unionsgeführte Bundesregierung desavouieren. Deshalb war man in Berlin auch strikt bemüht, keineswegs von einer „Neuorientierung“ in der Deutschlandpolitik zu sprechen, sondern betonte das Moment der Kontinuität. Bahr mahnte hier zur Zurückhaltung. So schrieb er zu dieser Grundbedingung für den deutschlandpolitischen Erfolg in einem Brief vom 22.1.1964 an Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler (FDP), den Bahr für einen ehrlichen, aufrichtigen Streiter für die Einheit hielt, an dem er jedoch kritisierte, daß ihn die Leidenschaft des Redens so weit trug, daß er über das Ziel hinausschoß und so

49 Vermerk Egon Bahr/betr. Besprechung mit Botschaftsrat Slawin am 22.12.61. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 431 B.

50 Vermerk Egon Bahr vom 3.4.62. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 431 B.

51 Vermerk Egon Bahr vom 31.1.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 431 B.

52 Vgl. Brandt: Erinnerungen, S. 53.

53 Vgl. Heß: Innerparteiliche Gruppenbildung, S. 51.

54 Als die Kontakte 1968 durch eine Veröffentlichung des „Bayern-Kuriers“ ans Licht kamen, führte dies zu einer Krise der Großen Koalition in Bonn.

55 Egon Bahr verwendete diesen Ausdruck in einem Gespräch mit dem Verfasser am 14.2.92 im Hinblick auf die Passierschein-Verhandlungen.

56 Cramer: „gefragt: Egon Bahr“, S. 38.

57 Vgl. Brandt: Erinnerungen, S. 55f.

58 Ebd., S. 64.

unnötige Angriffsflächen bot⁵⁹: „Ich habe seit dem Sommer des letzten Jahres Erfahrungen sammeln können, wie leicht es ist, verketzert zu werden. Das darf einen nicht abhalten, wie ich finde, trotzdem etwas zu sagen, wenn es unbedingt erforderlich ist. Aber manchmal macht man auch die Sache damit unnötig schwerer. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit der Passierschein-Übereinkunft einen Schritt auf dem richtigen Weg gegangen sind. Aber ich fürchte ebenso, daß wichtige Herren nicht weiter mitgehen, wenn das als ‚neue Politik‘ deklariert wird. Die Hauptsache ist: es geht weiter. Ihr Temperament und Ihre Leidenschaft sind nicht unbekannt. Ich halte jedes Wort für richtig, was Sie gesagt haben. Aber mit Moltke: man muß nicht alles sagen, was wahr ist, auch wenn alles, was man sagt, wahr sein muß.“⁶⁰

Jede operative Berlin- und Deutschlandpolitik mußte also bemüht sein, sich in Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung und der von ihr vertretenen gültigen „Hallstein-Doktrin“ zu befinden. Auf der anderen Seite dieser Gratwanderung bestanden jedoch noch größere Probleme. Jeder kleine Schritt auf der Seite des Westens bedingte natürlich einen kleinen Schritt auf östlicher Seite. Entgegenkommen war nur auf der Basis der Gegenseitigkeit erreichbar. Das stellte die Senatsseite vor große Probleme, die schon mit der Benennung der „DDR“ begannen. Denn „DDR“ durfte man nicht sagen, da dies als Anerkennung hätte verstanden werden können, und die damals im westdeutschen Sprachgebrauch übliche Bezeichnung „Zone“ wäre andererseits als Diskriminierung für die DDR inakzeptabel gewesen. Egon Bahr umschrieb dieses Problem so: „Ich wußte offen gestanden nicht, wie ich es anpacken sollte. Aber ich war ja bei den täglichen Pressekonferenzen gezwungen, dieses Ding, das es nicht gab, in irgendeiner Form zu benennen. Und nach langem Nachdenken fiel mir dann die Formulierung ein ‚die andere Seite‘. Das war unangreifbar, und es war doch völlig klar, was gemeint war. ‚Die andere Seite‘ ist also eine Sprachfindung gewesen, die sich ziemlich schnell eingebürgert und bewährt hat.“⁶¹

Dieses Beispiel verdeutlicht, mit welcher Gratwanderung man es zu tun hatte. Der DDR ging es um eine möglichst weitgehende Anerkennung ihrer staatlichen Existenz. Der Westseite mußte es darum gehen, diese Anerkennung so weit wie möglich zu verhindern, ohne die Verhandlungen um menschliche Erleichterungen scheitern zu lassen.

Die ersten Verhandlungen um Passierscheine fanden im Dezember 1963 statt. Die Bereitschaft der DDR zu solchen Gesprächen war dem Regierenden Bürgermeister durch inoffizielle Kanäle signalisiert worden. Auf Senatsseite wurden die Verhandlungen vom Senatsrat Horst Korber, auf der Seite der DDR von Staatssekretär Erich Wendt geführt. Brandt schrieb zum diffizilen Auftrag seines Unterhändlers Korber: „Der mußte höllisch aufpassen, daß die Regelung nicht den Charakter eines zwischenstaatlichen Abkommens annahm. Erstens wäre unser Interesse an der Bindung zum Bund untergraben worden und zweitens das unerläßliche grüne Licht der Bundesregierung ausgeblieben.“⁶²

Der Probleme dieser Kontakte mit den DDR-Behörden, die der Beauftragte des Senats nach Abstimmung mit den westlichen Alliierten und der Bundesregierung führte, war man sich im Schöneberger Rathaus also von Anfang an bewußt. Das erste Passierscheinabkommen versuchte dann auch, den möglichen Gefahrenpunkten (Isolierung Berlins vom Bund, Selbstanerkennung als selbständige politische Einheit, formale Anerkennung der DDR) so weit wie möglich auszuweichen. „Die schwerfällige Formel der Unterzeichnung und die schlichte Form der Absprachen macht augenfällig, daß bei den Beratungen der Unterhändler kein Diplomatenhandwerk geübt wurde, sondern daß normale Verwaltungsbeamte in normaler Geschäftsroutine Formeln für einen technischen Vorgang, wie es der Übergang nach Ost-Berlin überhaupt sein kann, zu finden bemüht waren.“⁶³ Egon Bahrs Presse- und Informationsamt ließ in einer offiziellen Mitteilung zum Abschluß der Passierscheinregelung am 17. Dezember 1963 erklären: „Die Bundesregierung und der Senat von Berlin teilen mit, daß die Gespräche, die in diesen Tagen in Berlin stattfanden, um während der Weihnachtszeit Verwandtenbesuche von West-Berlinern in Ost-Berlin zu ermöglichen, zu einem Erfolg geführt haben. Die Bundesregierung und der Senat von Berlin begrüßen dieses Ergebnis; sie sind sich darüber einig, daß der Rechtsstatus von Berlin durch diese Vereinbarung nicht geändert wird, und daß damit ebenfalls keinerlei Änderung der bisherigen Politik der Nichtanerkennung gegenüber dem Zonenregime verbunden ist. Die Vereinbarung über die leider zeitlich befristete Regelung dient – worüber alle für den Status von Berlin verantwortlichen Stellen übereinstimmen – ausschließlich dem Gebot der Menschlichkeit.“⁶⁴

Trotzdem konnten solche und ähnliche Verlautbarungen⁶⁵ nicht verhindern, daß die DDR ein Stück Anerkennung aus diesen Vereinbarungen zog. Die Erkenntnis, daß eine gewisse Anerkennung der DDR zwangsläufig sei und daß es darauf ankomme, aus diesem sich ohnehin vollziehenden Prozeß wenigstens politische Vorteile in der Form menschlicher Erleichterungen zu ziehen, formulierte Egon Bahr bereits im Sommer 1962 in einem privaten Brief an Willy Brandt: „Ich glaube, die letzten Monate haben begonnen, in denen eine de facto Anerkennung der Zone noch etwas wert ist. Aber sie werden vergehen.“⁶⁶

Das Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 war quasi die erste praktische Umsetzung der Konzeption Bahrs, allerdings – wie Willy Brandt konstatierte – mit bescheidenem Ertrag: „Die Besuchserlaubnis galt nur für die Feiertage von Weihnachten bis Neujahr, nur für West-Berliner mit Verwandten im anderen Teil der Stadt, nur für den Ostsektor und nicht auch für die Nachbargemeinden.“⁶⁷

63 Heidelmeier, Wolfgang/ Günther Hindrichs (Hrsg.): Die Berlin-Frage. Politische Dokumentation 1944–1965, Frankfurt a.M./Hamburg 1965, S. 161.

64 Gemeinsame Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und des Senats von Berlin zur Passierscheinvereinbarung vom 17.12.63. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S. 1029.

65 Willy Brandt erklärte auf einer internationalen Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg am 17.12.63: „Text der erzielten Übereinkunft und Form der Unterschrift machen deutlich, daß es sich um keine Vereinbarung internationalen oder zwischenstaatlichen Charakters handelt. Hier wurde keine Anerkennung ausgesprochen.“ (Zitiert aus: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 9, S. 1028.)

66 Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990, S. 362.

67 Brandt: Erinnerungen, S. 81.

59 Bahr in einem Gespräch mit dem Verfasser vom 14.2.92.

60 Brief von Egon Bahr an Thomas Dehler vom 22.1.64. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 45 B.

61 Schröder: Egon Bahr, S. 120.

62 Vgl. Brandt: Erinnerungen, S. 80. Brandt schrieb: „An Zwischenträgern unterschiedlichster Art hat es in solchen Zusammenhängen nie gefehlt.“

Trotzdem war die Folge dieses ersten Passierscheinabkommens eine Sensation. Die DDR war von circa 30.000 Besuchsanträgen ausgegangen. Daraus wurden über die Feiertage insgesamt 1,2 Millionen Besucher. 79.000 West-Berliner nutzten die neugeschaffene Reisemöglichkeit, viele mehrfach.⁶⁸

Egon Bahr beschrieb in einem Interview aus dem Jahre 1973 die Gefühle, die ihn damals bewegten: „Ich erinnere mich an ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit und Genugtuung, als ich das erste Mal nach ganz langer Zeit mit dem Auto, eben Weihnachten/Neujahr 1963/64, nach Ost-Berlin fuhr und dort viele West-Berliner Autos sah. Das war anzufassen. Man hatte politisch etwas getan, was man auch sehen konnte. Es war ein Erfolgserlebnis.“⁶⁹

Aus diesem „Erfolgserlebnis“ ergaben sich für Egon Bahrs Deutschlandkonzeption einige wichtige Erkenntnisse. Die wichtigste: Es ist sinnvoll und kann zu fruchtbaren Ergebnissen führen, mit der DDR zu verhandeln. Zu Vereinbarungen kann man nur gelangen über das, was Heinrich Albertz die „salvatorische Klausel“ nannte.⁷⁰ Im Protokoll zum „Passierschein-Abkommen“ lautete dieser „agree-to-disagree-Ausweg der Diplomatie“⁷¹ dann so: „Beide Seiten stellten fest, daß eine Einigung über gemeinsame Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte.“⁷²

Aus der Erfahrung mit dieser ersten operativen Umsetzung der Bahrschen Konzeption „Wandel durch Annäherung“ zog man in Berlin die Erkenntnis der Notwendigkeit einer aktiven Ost- und Entspannungspolitik. Gleichzeitig kam man jedoch aufgrund des weiteren Verlaufes der Passierschein-Verhandlungen in den folgenden Jahren⁷³ zu dem Fazit, daß die Möglichkeiten, die man besaß, von Berlin aus gestaltend auf die Deutschlandpolitik einzuwirken, begrenzt waren. Brandt bilanzierte am 20.10.1965 in einem privaten Brief: „Die Möglichkeiten, die Berlin in der praktischen Politik hat, habe ich in den vergangenen zwei Jahren, unter Aufbietung großer Geduld und Zähigkeit, erprobt. Sie sind gering. Sie reichen eben bestenfalls für kleine Schritte im wahrsten Sinne des Adjektivs, aber dies gilt nicht in gleicher Beschränkung für die Diskussion, die zum Mitdenken zwingt.“⁷⁴

Für Egon Bahr bedeutete die Operationalisierung seiner Konzeption auch eine Fortschreibung seiner Vorstellungen zum Thema „Deutsche Einheit“: „1. Die Politik der kleinen Schritte muß fortgesetzt werden. Sie hat bewiesen, daß praktische

Regelungen ohne politische oder juristische Anerkennung des Zonenstaates möglich sind. 2. Durch diese Politik wird die deutsche Hauptstadt stärker in den Dienst des Ringens um die deutsche Einheit gestellt. a) Kleine Schritte führen nicht automatisch zur Wiedervereinigung. b) Sie stärken den menschlichen Zusammenhalt und damit eine der Voraussetzungen der Wiedervereinigung. c) Sie können damit, als Teil einer operativen Gesamtstrategie, der Wiedervereinigung dienen.“⁷⁵

5.3 Entspannung und Wiedervereinigung

„Wandel durch Annäherung“ war nicht die einzige deutschlandpolitische Rede Egon Bahrs in seiner Zeit als Leiter des Berliner Presse- und Informationsamtes. So hielt er z.B. am 1. Juni 1964 in der Universität Hamburg einen Vortrag mit dem programmatischen Titel „Entspannung und Wiedervereinigung“.⁷⁶

Bahr führte in diesem Referat aus, daß man aufgrund der atomaren Patt-Situation und der damit verbundenen Kriegsgefahr die Konsequenz einer aktiven Entspannungspolitik ziehen müsse. Die Politik vom Dogma der Stärke sei zumindest teilweise gescheitert. Die Erwartung, daß Westintegration und Wiederbewaffnung mit einer gewissen Automatik zur Wiedervereinigung führen würden, habe sich nicht erfüllt. Übriggeblieben sei die Tatsache, daß der Westen seine Stärke aufrechtzuerhalten habe, um den Zweck der Abschreckung und der Sicherheit zu erfüllen. Das andere Ziel der „Politik der Stärke“ mitsamt seinen deutschlandpolitischen Implikationen sei gescheitert: „Das zweite Ziel, größere politische Forderungen durch Überlegenheit durchzusetzen, existiert nicht mehr. Das ist zugleich das Ende jeder Vorstellung von einer Wiedervereinigung in Form eines Anschlusses der Zone. Der Streit darüber lohnt nicht, ob ein solcher Akt des Anschlusses als Ergebnis überlegener Stärke je wirklich Bestand hat. Für die absehbare Zukunft scheidet diese Konzeption aus.“⁷⁷ Bahr zog damit nach der „großen Desillusion“⁷⁸ durch den Mauerbau für sich offensichtlich die Konsequenz, daß die „Magnettheorie“ endgültig gescheitert sei. In seiner Hamburger Rede führte er aus: „Eine Hoffnung zur Lösung der deutschen Frage ist nur in einer Entwicklung der Entspannung noch vorstellbar.“⁷⁹

Bahr berief sich in dieser Rede, wie bereits in Tutzing, auf die amerikanische Politik als Kronzeugin seiner Auffassung. Er zitierte mehrfach die US-Präsidenten Kennedy und Johnson, um seine Position zu untermauern. Diese Bezugnahme auf amerikanische Positionen ist für die deutschlandpolitische Konzeption Bahrs signifikant und entsprang, neben einer aufrichtigen Bewunderung für Kennedy⁸⁰, sicherlich

68 Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 128; Brandt: Erinnerungen, S. 81; Heß: Innerparteiliche Gruppenbildung, S. 57.

69 Cramer: „gefragt: Egon Bahr“, S. 40.

70 Vgl. Heß: Innerparteiliche Gruppenbildung, S. 57. „Albertz hatte mehrfach vorgeschlagen, bei der Unüberwindlichkeit der unterschiedlichen Rechtsstandpunkte über Gebietsbezeichnungen und Hoheitsfragen einfach von diesem Grunddissens auszugehen und sich vertraglich zu bescheinigen, daß man sich in der Sache unbeschadet dieser Auffassungen geeinigt hätte.“

71 Bender: Neue Ostpolitik, S. 128.

72 Protokoll der Passierscheinvereinbarung vom 17.12.63. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 9, S. 1023.

73 Eine zweite Passierschein-Übereinkunft gab es für die Tage um Totensonntag und Weihnachten 1964 sowie für Ostern und Pfingsten 1965, eine dritte für den Jahreswechsel 1965/66, eine vierte und letzte für Ostern und Pfingsten 1966. Danach stoppte die DDR-Regierung diese Art der Passierschein-Regelungen. Egon Bahr äußerte in einem Gespräch mit dem Verfasser den Verdacht, daß dies auf Initiative der Sowjetunion erfolgte.

74 Brief von Brandt an Pfarrer Dr. Manfred Karnetzki vom 20.10.65. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 9 A.

75 Vermerk Bahrs für RBm Willy Brandt/betr. Zur Politik der kleinen Schritte; 12.11.65. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 9 A.

76 Bahr: „Entspannung und Wiedervereinigung“. Rede in der Universität Hamburg am 1.6.64. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 348.

77 Ebd., S. 2f.

78 Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 93.

79 Bahr: „Entspannung und Wiedervereinigung“, S. 4.

80 In seinem Bonner Bundestagsbüro hatte Egon Bahr stets eine Büste des 1963 bei einem Attentat ermordeten US-Präsidenten stehen.

auch der Erkenntnis, daß eine erfolgreiche deutsche Ostpolitik nur bestehen könne, wenn sie sich der Rückendeckung durch die westlichen Alliierten und im besonderen der amerikanischen Unterstützung versichere.⁸¹ Der wichtigste Punkt für seine Berufung auf die Vereinigten Staaten war jedoch die Sicherheitsfrage. Es ist auffällig, mit welchem Nachdruck Bahr in dieser Periode immer wieder die Bedeutung der amerikanischen Sicherheitsgarantie betonte.

Diese Entschiedenheit besaß ihre Wurzeln in einem tiefen Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion und der Erfahrung, die er seit Kriegsende in Berlin mit der Bedrohung durch die Sowjets gesammelt hatte. Bahr schrieb zu seiner Einschätzung der „russischen Gefahr“ in einem Brief an Paul Tillich vom 19. September 1962: „Ich gehe davon aus, daß die Sowjetunion sich so viel nimmt, wie sie ohne das letzte Risiko bekommen kann. [...] Wenn das richtig ist, so bedeutet es absolut: Falls der Westen die atomare Selbstvernichtung der Welt ablehnt, weil sie unsinnig sei, dann darf es auch keinen atomaren Vergeltungsschlag geben, der wohl in jedem Falle auf die höchste Stufe der Eskalation führt. Eine Erklärung des Westens, Atomwaffen nicht einsetzen zu wollen, wäre eine Einladung an die Sowjets. Die stille Absicht, Atomwaffen nicht einzusetzen unter gegenteiligen Beteuerungen, läßt die Beteuerungen unglaubhaft werden. Das heißt, ich komme zu dem Ergebnis: Nur die Bereitschaft zur Selbstvernichtung kann die Selbstvernichtung verhindern. Die Anwendung dieser These in Europa ist wahrscheinlich das einzige, was die Sowjetunion heute von einem Vormarsch abhält. Nur die Bereitschaft, die erste Stufe der Eskalation zu besteigen, gleicht die konventionelle Unterlegenheit aus. [...] Wenn man davon ausgeht, daß es unverantwortbar und ohne Sinn sei, die Welt zu zerstören, wofür auch immer, so wird derjenige die Welt gewinnen, der mit den besseren Nerven die Zerstörung androht. [...] Ich fürchte, daß wir diesen Fragen mit der reinen Vernunft nicht gerecht werden können. Die Menschen, die entschlossen waren, lieber zu sterben als jenseits der Mauer zu bleiben, handelten nicht vernünftig. Wenn wir die Kraft nicht mehr haben, die sie trieb, dann haben wir verloren, und wir werden verloren sein.“⁸²

Diese Lagebeurteilung brachte Bahr zu der besonderen Gewichtung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Die amerikanische Sicherheitsgarantie hatte in dieser Beziehung sogar Vorrang vor dem Ziel der Wiedervereinigung. In einem Brief an Gisela Spangenberg – Mitarbeiterin der amerikanischen Public Relation Agentur „Roy Blumenthal“ und Frau des Berliner Senatskanzleichefs – schrieb Bahr am 5. Februar 1963: „Durch die Entscheidung de Gaulles und Brüssel kann die internationale Szene sich völlig verändern. Es gibt Informationen darüber, daß Frankreich versuchen wird, mit Moskau zu einer Vereinbarung zu gelangen, in der die deutsche

Wiedervereinigung Platz hat, bei Abzug der Amerikaner vom Kontinent. Ich brauche nicht auszumalen, welche Zerreißproben und welche völlig verkehrten Fronten bei dieser Neuauflage alter Disengagement-Vorstellungen in Deutschland entstehen würden. Meines Erachtens kommt damit eine Situation, in der es zwar viel auf die Haltung der Bundesrepublik, aber noch mehr auf die Haltung der USA ankommt, wenn die amerikanische Politik auch bei einer solchen Entwicklung bei dem Standpunkt bleibt, der vor Kuba für den Fall einer Berlin-Krise geäußert wurde: Notfalls machen wir es allein, dann werden die Kräfte in Deutschland stark genug werden, die sich diesem verlockenden Wahnsinn entgegenstemmen müssen. Wenn es zu einer amerikanischen Trotzreaktion kommt: wenn Ihr uns nicht wollt, dann seht zu, wie Ihr allein fertig werdet, dann werden de Gaulle und Adenauer triumphieren, aber auch nur so lange, bis die Russen kommen. Das Engagement der Vereinigten Staaten in Mitteleuropa ist nicht aufzuheben.“⁸³

Nimmt man diese Äußerung zusammen mit einem Vermerk, in dem Egon Bahr sechs Tage später den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag kommentierte, wird eine ambivalente, teilweise widersprüchliche Einschätzung Bahrs deutlich. Bahr meinte in diesem Vermerk an Willy Brandt vom 11. Februar 1963: „Alles, was die deutsch-französische Freundschaft vertieft, ist gut. Alles, was das deutsch-amerikanische Verhältnis vertieft, ist besser. Wir müssen uns über die Rangfolge im klaren sein, selbst wenn [wir/d.Verf.], wie wir hoffen, nicht vor die Alternative einer Wahl gestellt werden. [...] In den Umschreibungen der geistigen Basis, wie sie in der gemeinsamen Erklärung General de Gaulles und des Bundeskanzlers zum Ausdruck kommt, wird deutlich, daß auf der einen Seite das französische Volk Vertragspartner ist. Es wird nicht deutlich, daß auf einer anderen Seite nur ein Teil des deutschen Volkes, der freie Teil nämlich, Vertragspartner ist, für den bei aller Hinwendung zu Frankreich das oberste Ziel unverrückbar das Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk ist. Hier wird eine deutliche Erklärung erforderlich sein, wenn wir uns nicht von unseren französischen Freunden später den Vorwurf machen lassen wollen, wir hätten einen wesentlichen Gedanken verborgen und von der ersten Minute an diesen Vertrag mit einem dolos belastet.“⁸⁴

Bahr betonte also einerseits die Gefahr, daß durch die ostpolitischen Bemühungen de Gaulles eine – die Freiheit Deutschlands gefährdende – Wiedervereinigung, unter Hinausdrängung der USA, Platz haben könnte, andererseits kritisierte er, daß das deutsche Interesse an der Wiederherstellung der Einheit im Deutsch-französischen Vertrag nur unzureichend Beachtung gefunden habe – ein Widerspruch, der darin seinen Ursprung hatte, daß Bahrs Interessen „amerikanische Sicherheitsgarantie“ und „Herstellung der deutschen Einheit“ offensichtlich in der Realität kollidierten. Bahr versuchte denn auch, in seiner deutschlandpolitischen Rede in Hamburg diesen Widerspruch aufzulösen, indem er die Zeitdimension verschob und Ansätze entwickelte, das Deutschlandproblem in Stufen zu lösen.

Erste Stufe wäre die militärische Entspannung: „Frieden ist wichtiger als Einheit. Da die Interessen am Frieden und die Interessen an der Sicherheit bei beiden

81 Ein weiterer Grund für die Bezugnahme auf Kennedy und die USA war ein innenpolitischer. Der junge medienwirksame Präsident galt als eine Art Vorbild für Willy Brandt, dessen Wahlkampf sich am amerikanischen Beispiel orientierte und der zeitweilig als „deutscher Kennedy“ gehandelt wurde. Der junge Kennedy und der „Alte von Rhöndorf“ (Adenauer) fanden keinen Draht. Ganz anders Brandt. Bahr schrieb an den Regierenden Bürgermeister in einem Vermerk über ein Gespräch mit Shepard Stone: „Die Amerikaner sind enttäuscht von ihm [Adenauer/d.Verf.]. Wir [die USA/d.Verf.] wollen nicht nur Reden hören, es muß weiter vorwärts gehen, und dabei haben die Deutschen etwas zu zeigen. [...] Die USA sind aufgeschlossen für einen erlösenden Gedanken oder eine wegweisende Idee. Sie hoffen, daß es bald einen neuen Bundeskanzler gibt.“ (Vermerk Bahrs für RBm Willy Brandt; 25.2.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 49 B.)

82 Brief Bahrs an Paul Tillich vom 19.9.62. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 44 A.

83 Brief Bahrs an Gisela Spangenberg vom 5.2.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 49 B.

84 Vermerk Bahrs für den RBm Willy Brandt/betr. Deutsch-französischen Vertrag; 11.2.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 49 B.

Supermächten gleich groß sein müssen, sehe ich auch keine Chance, das Deutschlandproblem in die Phase der Entspannung einzubeziehen, die lediglich militärischer Art [...] ist.“ Nach der militärischen Entspannung müßte in Bahrs Konzeption als zweiter Schritt die politische Entspannung folgen, die die Aufgabe hätte, „Gegensätze zu mildern und Probleme durch einen Interessenausgleich zu lösen“. „Politische Entspannung verlangt, daß zunächst weder die Grenzen noch die Regime angetastet werden, die jenseits des Eisernen Vorhangs existieren, sondern daß man versucht, eine weitgehende Identität der Interessen zur Lösung der Probleme herbeizuführen.“ Man müsse in einem „historischen Prozeß“ auf eine Veränderung des Ost-West-Verhältnisses hinarbeiten: „Die Wiedervereinigung ist weder durch einen Geniestreich noch durch einen Trick, sondern nur durch den mühsamen und langen Weg zu erreichen, der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten ihr eigenes Interesse an einem friedlichen Ausgleich und an der Freundschaft mit dem deutschen Volk glaubhaft zu machen.“ Die Wiedervereinigung könnten die Deutschen weder gegen die Russen noch gegen den Westen, sondern ausschließlich im Rahmen einer gesamteuropäischen politischen Entspannung erreichen. Und Bahr betonte 1964 in Hamburg noch klarer, was er schon bei seiner Tutzinger Rede „Wandel durch Annäherung“ angesprochen hatte: In diesen Prozeß müsse auch die „Zone“ eingeschlossen sein. Bahr führte in seiner Rede aus: „Die Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern ist darauf abgestellt, einen gewissen Liberalisierungsprozeß innerhalb dieser Länder zu fördern, ihre Eigeninteressen zu fördern und auf diese Weise die sowjetisch besetzte Zone Deutschland zu isolieren oder zu zwingen, einen ähnlichen Kurs einzuschlagen. Diese Haltung ist im Prinzip in Deutschland akzeptiert, wenngleich nicht mit allen Konsequenzen. Die Frage ist, ob eine ähnliche Politik auch gegenüber der Zone möglich oder wünschenswert ist.“ Bahr bejahte diese Frage in seiner Hamburger Rede. Eine Annäherung der beiden deutschen Staaten werde die Entspannung fördern, aber andererseits den Willen der „Menschen in der Zone“ zur Freiheit keineswegs schwächen. „Die Antwort lautet, daß wir nicht so kleinmütig sein dürfen zu glauben, daß ein voller Bauch und sei er noch so voll, den Willen zur Freiheit ersticken kann. [...] Eine solche Entwicklung spricht gegen jede Erfahrung und ist für mich nicht vorstellbar.“ Bahr führte das zu dem Schluß: „Ich glaube im Gegenteil, daß der aufgezeigte Weg allmählicher Veränderungen und Verbindungen zur Zone ein Weg ist, der nicht nur die Zeit bis zur Wiedervereinigung überbrückt, sondern ihr dient und sie vorbereiten hilft.“⁸⁵

Die Rede läßt einige Grundzüge der Bahrschen Deutschlandkonzeption jener Zeit deutlich sichtbar werden. Wiedervereinigung wird nicht mehr als historischer Akt, sondern als historischer Prozeß begriffen. Die Vorstellung einer Anschlußlösung sei gescheitert. Der Weg zur Einheit müsse über militärische und politische Entspannung sowie eine allmähliche Annäherung zur „Zone“ gehen. Eine Isolierung der DDR bei diesem Entspannungsprozeß widerspreche dem angestrebten Ziel, einer Verfestigung der Spaltung entgegenzuwirken. Bahrs Rede in Hamburg war somit eine Fortschreibung seiner Tutzinger Ausführungen und weiterer Impuls für die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit breiter werdende Diskussion jener Jahre über ost- und deutschlandpolitische Alternativen.

85 Bahr: „Entspannung und Wiedervereinigung“, Zitate S. 3,4,7,8,11.

Bereits im März 1962 hatte der Referent für Außen- und Deutschlandpolitik bei der Bundesgeschäftsstelle der FDP, Wolfgang Schollwer, in einem Papier mit dem Titel „Gedanken zur Deutschlandpolitik der Freien Demokraten“, die Wiedervereinigung als ein Fernziel bezeichnet, „das nur über zahlreiche Zwischenstationen erreichbar sei. Das Nahziel könne daher nur eine Wiederannäherung der beiden Teile Deutschlands sein. Dieser langwierige und sicherlich auch mühsame Prozeß setze einerseits westliche Zugeständnisse, andererseits eine Normalisierung der politischen Verhältnisse in der DDR voraus. Der in anderen Ostblockstaaten mehr oder minder weit fortgeschrittene Entstalinisierungsprozeß müsse nunmehr auch auf die Zone übergreifen und dort zu einer Liberalisierung führen.“⁸⁶

Ähnliche Gedanken äußerte der Journalist Peter Bender in seinem 1964 erschienenen Buch „Offensive Entspannung“. Ebenso wie Bahr in seiner Tutzinger Rede ging Bender in dieser Schrift vom Status quo aus. Dieser sei auf absehbare Zeit unüberwindbar, und seine Bewahrung sei „bei Kräftegleichheit beider Seiten die Voraussetzung, unter der Verhandlungen zwischen Ost und West allein aussichtsvoll und Entspannungsmaßnahmen allein möglich sind“. Zum Status quo in Deutschland zähle allerdings auch die innere Schwäche der DDR, was bedeute, daß, wenn man den Status quo im Sinne einer Liberalisierung des ostdeutschen Staates ändern wolle, man auf Bonner Seite bemüht sein müsse, „sein Verhältnis zu Ost-Berlin zu entspannen“. Benders Buch zog die provokante Schlußfolgerung: „Der Schlüssel für eine relative Freiheit im östlichen Deutschland liegt, wenn es ihn gibt, in Bonn.“⁸⁷ Zu Bender finden sich bei Bahr nicht nur inhaltliche, sondern auch persönliche Bande. Die beiden sind seit ihrer gemeinsamen Schulzeit in Berlin engste Freunde, eine Freundschaft, die auch Bahrs Deutschlandkonzeption teilweise beeinflusst hat.⁸⁸

So machte Bahr für seine Tutzinger Rede „Wandel durch Annäherung“ beispielsweise Anleihen an Benders Gedanken, auch wenn er glaubte, den provokanten Thesen seines Freundes aufgrund ihrer Brisanz nicht in allen Punkten folgen zu können, und auch nicht folgen wollte. Bahr schrieb Bender am 29. Juni 1963, gut zwei Wochen vor seinem Tutzinger Referat: „Lieber Peter, ich habe Dein Manuskript mit Interesse und einem beachtlichen Grad von Bewunderung gelesen. Da ist allerhand Dampf 'drin. Wenn das ein anderer sagen würde, würde es Schlagzeilen machen und wie ein Stich ins Wespennest wirken. Von einem Mann der Politik vorgebracht, würde es auch die Bereitschaft zum Selbstmord voraussetzen. Ich glaube, soweit können wir hier nicht gehen. Gibt es darauf ein Echo? Würdest Du gestatten, daß man etwas für

86 Baring: Machtwechsel, S. 213. Vgl. „Denkschrift von Wolfgang Schollwer zur deutschen Frage: Verklammerung und Wiedervereinigung; 9.4.62“. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 8, S. 376-389.

87 Bender: Offensive Entspannung, S. 11, 107f.

88 „Peter Bender habe ich als Schüler in der Obersekunda des Friedenaer Gymnasiums in Berlin kennengelernt. Wir waren bis zum Abitur 1941 in derselben Klasse. Nach dem Kriege habe ich ihn in Hamburg wiedergetroffen. Wir sind in einem unregelmäßigen, aber dauernden Kontakt geblieben und können uns wohl als befreundet bezeichnen. Natürlich hat es auch einen entsprechenden Gedankenaustausch über Deutschlandfragen gegeben, zumal in der Zeit, in der er als Journalist für den SFB seine ersten Schritte in Bonn machte, was etwa Mitte der 50er Jahre, also in einer hoch aufgeladenen Periode der Deutschlandpolitik, war. Ich stimme mit vielen seiner Gedankengänge überein. Wir haben einen langen Streit gehabt, weil ich gegen seine These war, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.“ (Zitiert aus einem Brief Bahrs an Joachim Schwelien; 12.3.76. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 424)

Tutzing benutzt? Ich frage das nicht nur aus Freundschaft, sondern wegen des Copyrights.“⁸⁹

Bender vertrat unter dem gleichnamigen Buchtitel die Auffassung, daß die Bundesrepublik zu einer „offensiven Entspannung“ gezwungen sei, „ohne jedoch in dem Bemühen nachzulassen, die Ausstrahlungskraft einer freien Gesellschaft mit allen Kräften zu verstärken“⁹⁰. Zu diesem Zweck schloß der Journalist eine Anerkennung der DDR, die eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht der Moral sei⁹¹, nicht aus. Während Bahr die erste Auffassung uneingeschränkt teilte, war er in der Frage der Anerkennung allerdings nicht bereit, so weit zu gehen. In seiner Hamburger Rede vom 1. Juni 1964 führte er aus: „Ich bin auch nach wie vor der Meinung, daß eine Anerkennung der Zonenregierung sich aus einer Fülle von Gründen verbietet.“ Allerdings fügte er schon damals einschränkend hinzu, daß es eine Zahl von „Arrangements“ und „eigentlichen Geschehnissen“ gebe, „die zwar keine rechtliche Anerkennung, wohl aber die Anerkennung der schlichten Tatsache voraussetzen, daß in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands ein staatlicher Organismus existiert“⁹².

Für die deutschlandpolitische Konzeption galt nach wie vor der Grundsatz, daß „jeder unserer Schritte peinlich daraufhin geprüft werden muß, ob er zu einer Verfestigung der Spaltung führen kann“⁹³. Allerdings läßt sich aus Bahrs Hamburger Rede 1964 ablesen, daß sich der Zeithorizont für sein Ziel „Deutsche Einheit“ deutlich verschoben hatte, ein Umstand, der bereits mit dem Mauerbau einsetzte und 1964 durch den Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR weitere Vertiefung erhielt. In späteren Jahren hat Egon Bahr oftmals betont, dieser Freundschaftsvertrag sei so etwas wie ein Wendepunkt gewesen: „Ich muß gestehen, ich habe 1960 und in den Jahren danach noch den Eindruck gehabt, es würde möglich sein, die Dinge noch zu ändern. [...] Wir haben alle damals noch, die sich dafür interessierten, gedacht an eine Politik, nun nicht als Objekt anderer, sondern im eigenen Interesse mit dem Ziel, einen Prozeß in Gang zu setzen, an dessen Ende das deutsche Selbstbestimmungsrecht stand. Dies ist bis in die späten sechziger Jahre hinein sozusagen die Arbeitshypothese des Denkens gewesen. Das war eigentlich im wesentlichen erschwert erst nach dem Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR im Jahre 1964. Denn in diesem Augenblick hatte sich sozusagen in dieser Tragweite zum ersten Mal die Sowjetunion für die nächsten zwanzig Jahre für die Existenz der DDR verpflichtet.“⁹⁴ Diese nachträglich negative Einschätzung bestand bei Egon Bahr 1964 allerdings noch nicht in diesem Ausmaß. Vielmehr betonte er damals den „Wiedervereinigungsvorbehalt“ dieses Vertrages. In Artikel 10 des Freundschaftsvertrages zwischen der UdSSR und der DDR hieß es: „Im Falle der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates oder des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages kann dieser Vertrag vor

Ablauf der Frist von zwanzig Jahren auf Wunsch jeder der Hohen Vertragsschließenden Seiten überprüft werden.“⁹⁵

Bahr schrieb über diesen „Einheitsvorbehalt“ in einem Vermerk an Willy Brandt: „Es gibt übrigens in diesem Moskauer Vertrag eine Stelle, aus der hervorgeht, daß Chruschtschow und Ulbricht selbst daran zweifeln, ob er 20 Jahre dauern wird. Dort ist eine Klausel eingebaut, die diesen Vertrag größeren Entwicklungen in der Deutschen Frage unterordnet. Ich hoffe, daß dieser Artikel 10 der wichtigste des ganzen Vertrages werden wird.“⁹⁶

89 Brief Bahrs an Peter Bender vom 29.6.63. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 49 B.

90 Bender: Offensive Entspannung, S. 165.

91 Vgl. ebd., S. 164.

92 Bahr: „Entspannung und Wiedervereinigung“, S. 8f.

93 Ebd., S. 8.

94 Cramer: „gefragt: Egon Bahr“, S. 35.

95 „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR“ vom 12.6.64. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Band 10, S. 720.

96 Vermerk Bahrs für RBm Willy Brandt/betr. Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR; 13.6.64. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 45 B.